

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Prüßner)  
Fernsprecher: Amt Lüchow Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Unerhört!

Wenn man die Jahrgänge der „Gewerkschaft“ rückwärts blättert, stößt man — namentlich in der Anfangszeit unserer Bewegung — fortgesetzt auf das Wort: Maßregelung!

Wo in einer Filiale oder in einem Betriebe die Organisation neu einsetzte, war fast stets damit zu rechnen, daß Opfer fielen. Insbesondere hatten es die auf unser Drängen endlich geschaffenen Arbeiterausschüsse den Betriebsgewaltigen angetan. Wohl wurde auch damals schon feierlich von oberbürgermeisterlicher Seite versichert, das Koalitionsrecht werde jedem städtischen Arbeiter gewährleistet, aber die Praxis lehrte uns erkennen, daß zwischen Worten und Taten ein unüberbrückbarer Abgrund klüfte.

Die neue „sozialpolitische Institution“ der Arbeiterausschüsse wurde recht eigentlich der Anlaß, neue Differenzen zwischen Arbeiterchaft und städtischer Verwaltung herauszubekämpfen. Während früher eine Maßregelung entstand, wenn „im Betrieb agitiert“ wurde oder weil man überhaupt einem freien Verbandsangehörigen, bildete sich jetzt eine ganz neue Spezies heraus: Maßregelung der Arbeiterausschussmitglieder!

Und wenn von unserem Standpunkt aus auch die meisten der früheren Maßregelungsfälle bereits eine brutale Rechtsentziehung des Arbeiters bedeuteten, die sich weder mit Gesetz noch Menschenachtung vereinbarte, die zahlreich nachgewiesenen Entlassungen von Arbeiterausschussmitgliedern infolge ihres einwandfreien Eintretens für ihre Arbeitskameraden bleibt sozusagen die „höchste Leistung“ auf dem Gebiet der Arbeiterentziehung.

Man überlege: Es wird eine Einrichtung von Gesetzes wegen geschaffen, die den Arbeitern Gelegenheit geben soll, dem Arbeitgeber seine Wünsche und Forderungen zu unterbreiten. Die Arbeiter sind zwar überzeugt, daß die Verhandlung mit der Organisationsleitung ihren Interessen und Wünschen besser entspricht, aber sie fügen sich und wählen den Arbeiterausschuss. Anstatt, daß nun die Stadtverwaltungen alles daran setzen, mit „ihren“ Arbeitern und deren nachsichtigen Vertretern sich zu verständigen und die neue Institution allmählich in Ansehen zu bringen (damit das vorhandene, leider ach so berechnete Mißtrauen (Schwindel), wird draußlos gemahregelt! Man läßt es den Ausschussvertreter büßen, daß er sich zum Sprachrohr seiner Kollegen vergibt, und soweit nicht die Dammschrauben (d. h. Zurücklegung im Afford oder Vorwärtskommen, Verletzung in schlechter bezahlte oder unangenehmere Arbeit) Erfolg versprechen und das Arbeiterausschussmitglied verwaltungswillfährig machen, wird die moderne Folter schärfer eingestellt bis zur Entlassung. Dabei wurde und wird nicht selten ein System elender Epigonalwirtschaft geübt, das als ein Skandal ärgsten Kalibers bezeichnet werden muß. Die eigenen Kollegen werden durch Ver-

sprechungen und Bevorzugungen ermuntert, Denunziationen ihrer Arbeitsbrüder zu begehen und diese Herren — ob sie nun Kadidirektor Winter in Samburg oder Gasdirektor Rörting von den Berliner Englischen Gasanstalten heißen (die lange Liste mußte in der „Gewerkschaft“ allzu oft erweitert werden) — sind womöglich im Nebenamt noch Sozialistenlöter und vertreten einen politischen Standpunkt.

Daß schon das Reinlichkeitsbedürfnis die Stadtverwaltungen abhalten sollte, es den raffiniertesten Privat-Scharfmachern nachzutun, ist noch immer nicht allgemein erkannt. Wohl sind die Maßregelungsfälle nicht mehr ganz so zahlreich wie früher, wobei aber zu bedenken ist, daß wir dies weniger der wachsenden sozialpolitischen Einsicht oder dem gestiegenen Menschlichkeitsgefühl der Betriebsdirigenten verdanken, als vielmehr dem steigenden Machteinfluß unserer Organisation!

Sowohl Mag es manchen Herren auch bitter ankommen, sie müssen mit uns verhandeln, sie kommen mit dem alten Schema der brutalen Organisationsbekämpfung nicht mehr aus. Von Zeit zu Zeit aber zeigt sich eine Art Atavismus, d. h. ein Rückfall in die frühere Maßregelungssucht.

Diesmal ist es der Rat der Stadt Leipzig, der den zweifelhaften Ruhm auf sich nimmt, alte Scharfmacherpraktiken anzuwenden. Man weiß dabei nicht recht, was man mehr „bewundern“ soll, die soziale Verstandnislosigkeit oder die brutale Dreistigkeit, wie sie sich in solchem Vorgehen manifestiert.

Unsere Leser finden an anderer Stelle eine ausführliche Darstellung der Leipziger Maßregelung, weshalb hier nur festzustellen ist, daß die Zumutung einer Stadtverwaltung, als Vorsitzender einer Filiale entweder gegen die Resolution einer Filialversammlung aufzutreten oder seine Stelle zu verlieren, eine Gewissensnötigung ist, der gegenüber es keine parlamentarischen Worte gibt.

Wir glauben, daß hier ein Dokument unserer Zeit vorliegt, das noch nach Jahrzehnten von der unsozialen Auffassung des Leipziger Rats Zeugnis ablegen wird.

Und wenn es noch Gemeinde- und Staatsarbeiter gibt — in Leipzig und anderwärts —, die nicht begriffen haben, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß in unserer Organisation ist, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, so muß solche Maßregelung unseres Filialvorsitzenden (der acht Jahre der Stadt gedient und als Arbeiterausschussmitglied fungierte) den Erfolg zeitigen, daß nun gerade aus dem Gefühl empörten Menschenrechts der solidarische Zusammenschluß in stärkerem Maße erfolgt.

So arbeiten unsere Gegner in ihrer Kurzsichtigkeit für uns! Voraussetzung ist freilich: Jeder Kollege erachtet es als seine Organisationspflicht, über solche Vorgänge die Arbeitskameraden aufzuklären.

### Arbeitslosigkeit städtischer Arbeiter.

Gar manche Arbeiter und ganz besonders solche, die nicht die Stadtgemeinden als Arbeitgeber haben, meinen, Gemeindearbeiter sein, sei gleichbedeutend mit sicheren und guten Lohn- und Arbeitsverhältnissen, mit Anwartschaft auf Sommerurlaub, Lohnzahlung bei kurzen Verzögerungen, Differenzzahlung zwischen Lohn und Krankengeld bei Krankheitsfällen, Ruhegeld und Hinterbliebenenversicherung usw. Wir wollen hier nicht die „guten“ Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtern, wir wollen auch nicht die Anwartschaft auf Arbeiterfürsorge in den Kreis unserer Betrachtungen ziehen. Es soll nur das „sichere“ Arbeitsverhältnis der Gemeindearbeiter in gebührender Beleuchtung gerückt werden.

Auch bei den Stadtverwaltungen sind, genau wie in der Privatindustrie, manche Betriebe als Saisonbetriebe anzusprechen. Dies tritt besonders bei den Gaswerken, Bauämtern, Park- und Gartenverwaltungen zutage. Es ist keine Seltenheit, daß Entlassungen in größerem Maße im Frühjahr in Gasanstalten, im Winter bei den Bauämtern, sowie Gärten, Park- und Friedhöfverwaltungen vorgenommen werden. Hier hört das so oft gerühmte Wohlwollen für die Arbeiter und die Arbeiterfürsorge der Stadtverwaltungen auf. Anstatt das Nächstliegende zu tun, nämlich, Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit in allen Betrieben und für jede Arbeiterkategorie, sowie Ver setzung der in einem Betriebe überschüssigen Arbeiter in einen anderen Betrieb, verjagt hier das Wohlwollen der Stadtverwaltungen. Oft sieht man die vermeintlich überschüssigen Arbeiter zur Zeit der strengsten Not auf die Straße. Obgleich die Stadtverwaltungen ein außerordentliches Interesse an einer in ihren wirtschaftlichen Grundlagen gesicherten und damit steuerkräftigen Arbeiterschaft haben sollten, führen sie diese Arbeiter dem großen Heer der Arbeitslosen zu und lassen sie verchiedentlich sogar der Armenverwaltung zur Last fallen. Diejenigen aber, die in den Betrieben verbleiben, büßen bei 10, 12 und noch mehr Stunden täglicher Arbeitszeit Mehrwerte für die Stadtverwaltungen schaffen. Sie büßen bei langer, anstrengender Arbeit ihre Gesundheit opfern, um frühzeitig verbraucht, auch oftmals nach langer Dienstzeit in städtischen Betrieben auf die Straße gesetzt zu werden.

Inwieweit die städtischen Arbeiter in den einzelnen Monaten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, ergibt die nachstehende Gegenüberstellung der verschiedenen Stichtage am Schlusse der Wochen der beiden ersten Quartale von 1911 und 1912.

Quartal	Absolute Zahlen					
	1911			1912		
	4. Woche	8. Woche	13. Woche	4. Woche	8. Woche	13. Woche
I.	456	442	310	421	598	305
II.	166	224	119	161	240	191
I. Proz.	1,13	1,09	0,77	0,86	1,22	0,62
II.	0,98	0,53	0,28	0,33	0,49	0,37

Diese Zahlen sagen uns, daß der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit 1911 größer war wie 1912. Einer Durchschnittsprozentsiffer vom 1. Quartal 1911 von 0,99 Arbeitslosen stehen 1912 0,90 und im 2. Quartal 0,42 dem Prozentsatz von 0,40 gegenüber. Oder in absoluten Ziffern ausgedrückt: Im 1. Quartal 1911 403 Arbeitslose gegenüber 441 im Jahre 1912 und fürs 2. Quartal 170 gegen 194.

Von Interesse ist auch die weitere Zusammenstellung der Arbeitslosigkeit nach Landesteilen geordnet:

Staaten und Landesteile (nach den Vorlagen des Statistischen Amtes)	Zahl der Arbeitslosen am letzten Quartalsarbeitstag			
	1. Quartal 1911	2. Quartal 1911	1. Quartal 1912	2. Quartal 1912
1. Ost- und Westpreußen, Pommern	14	—	4	—
2. Berlin und Brandenburg	23	32	30	28
3. Polen und Schlesien	1	—	—	2
4. Provinz Sachsen und Anhalt	12	8	10	14
5. Schlesien, Ostpreußen, beide Westfalen, Kurhessen, Oldenburg, Hamburg u. Lübeck	126	44	179	62
6. Hannover, Oldenburg (ohne Fürstentum Lüneburg und Birkenfeld), Braunschweig und Bremen	28	1	5	12
7. Westfalen, beide Alben	—	—	8	3
8. Rheinprovinz und Silesien	—	2	5	8
9. Hessen-Nassau, Groß- und Kleinhessen, Waldeck	11	7	4	5
10. Bayern, rechtsrheinisch	41	5	23	15
11. Königl. Sachsen (sämtliche Staaten*)	12	4	14	8
12. Württemberg, Baden, Hohenzollern	1	4	1	6
13. Elsaß-Lothringen und bayerische Pfalz	2	—	1	12
14. Einzelmitglieder	45	17	31	11

\* Großherzogtum Sachsen, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß a. L., Reuß i. L.

Das wäre ein Bild von der Arbeitslosigkeit zu bestimmter Zeit. Nachstehend die Zahlen der überhaupt vorgekommenen Fälle von Arbeitslosigkeit. Sie ergeben im Vergleich für das erste Halbjahr 1912 gegenüber der gleichen Zeit 1911 eine nominelle Zunahme:

Quartal	Mitgliederzahl am Quartalschluß			Fälle von Arbeitslosigkeit		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1911						
I.	39 518	1004	40 522	1223	56	1279
II.	41 376	1191	42 567	570	51	621
	40 447	1008	41 515	1798	107	1900

Quartal	Mitgliederzahl am Quartalschluß			Fälle von Arbeitslosigkeit		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1912						
I.	47 720	1325	49 045	1480	78	1556
II.	48 109	1334	49 443	613	35	648
	47 915	1329	49 244	2093	111	2204

Es waren demnach im ersten Halbjahr 1911 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mehr Fälle zu verzeichnen: 304. Prozentual berechnet sind die Fälle von Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern zurückgegangen, und zwar um 1,6 Proz. Im ersten Halbjahr 1911 litten 10 Proz. der weiblichen Mitglieder unter Arbeitslosigkeit, 1912: 8,4 Proz. Bei den männlichen Arbeitslosen blieb der Prozentsatz mit 4,4 gleich. Der prozentuale Anteil der gesamten Arbeitslosigkeitsfälle an der Gesamtmitgliederzahl ist um eine Kleinigkeit, nämlich von 4,6 auf 4,3 Proz. gesunken. Hierbei darf aber nicht vergessen werden, daß wir einen Mitgliederzuwachs von 729 oder 15,7 Proz. gegenüber dem ersten Halbjahr 1911 hatten.

Zu bemerken wäre hierbei aber noch, daß die angegebenen Fälle ein klein wenig differieren mit der Zahl der wirklich arbeitslos gemessenen Mitglieder, da es ja vorkommen kann, daß ein Mitglied innerhalb eines Jahres zwei oder dreimal arbeitslos gewesen ist. Dies ist jedoch selten vorgekommen und so können wir schon sagen, daß die angegebenen Prozentläge ziemlich genau den Stand der Arbeitslosigkeit treffen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit ergab pro Fall 18,7 Tage gegenüber 19,7 Tagen im Jahre 1911.

Wir ersehen aus den vorstehenden Zusammenstellungen, daß sich die Gemeindearbeiter keineswegs einer sicheren Erleichterung erfreuen. Erwähnenswert ist auch, daß die Frauen mehr von der Arbeitslosigkeit erfaßt werden, wie ihre männlichen Kollegen. Das kommt wohl zumeist daher, daß die Frauen vorwiegend in den Park-, Garten- und Friedhöfverwaltungen beschäftigt werden und diese Betriebe durchweg Saisonbetriebe sind.

Diese nüchternen Zahlen sagen in bereiter Sprache, wie unumgänglich notwendig unsere Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und Auswechslung städtischer Arbeiter einzelner Betriebe ist; denn zu den verschiedenen Jahreszeiten wird in den einzelnen Betrieben eine mehr oder minder große Anzahl von Arbeitskräften benötigt.

Haben wir nun gezeigt, wie allgemein die Arbeitslosigkeit bei den Mitgliedern unseres Verbandes sich äußert, so sei nachstehend einiges über unsere Unterstützungseinrichtungen auf diesem Gebiete gesagt. Je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft und der Höhe des von ihnen geleisteten Beitrages steht den Mitgliedern eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu. Hier einige Zahlen zur Illustration:

Quartal	Unterstützte Arbeitslose				Arbeitslosentage	Unterstützungstage	Ausgabehöhe Unterstützung
	männlich	weiblich	aus der Höhe	zusammen			
1912							
I.	761	29	21	811	29 798	13 348	15 149,98
II.	446	44	41	531	11 489	4 095	4 411,02
	1207	73	62	1342	41 287	17 443	19 561

Es ergibt sich also für das erste Halbjahr 1912 eine durchschnittliche Unterstützung von 14,58 RM, gegenüber 15,73 RM für 1911. Die erste Woche der Arbeitslosigkeit kommt als Karenzzeit für die Vergütung von Unterstützung nicht in Frage. Nur da, wo dröbliche Unterbringungen für diesen Zweck erfolgen, bleibt die Karenz noch in Wegfall. Des weiteren waren verschiedene Kollegen noch arbeitslos bezugsberechtigt. Hieraus ergibt sich dann der Unterschied in der Zahl der Arbeitslosentage gegenüber der Zahl der Unterstützungstage einerseits, sowie der gemeldeten Arbeitslosen und unterstützten Arbeitslosen.

Vorstehende Ergebnisse sind aus den Orten, wo wir bereits vertreten sind. Wie mag es nun aber dort aussehen, wo unser Verband noch keine Mitglieder oder keinen Einfluß besitzt? Die Antwort hierauf kann sich jeder Absege leicht selbst geben.

Es muß daher das Streben jedes Kollegen und jeder Kollegin sein, stets neue Anhänger für unsere Sache zu gewinnen. Mit dem Ausbreiten unseres Verbandes und dem dadurch bedingten größeren Einfluß unserer Organisation können wir auch der Arbeitslosigkeit energischer begegnen.  
C. Wiffell.

### Maßregelungspraktiken des Rates der Stadt Leipzig.

Auf dem Leipziger Rathhause hat sich in letzter Zeit der Wind mehr und mehr gedreht. Wie es scheint, geht man auch dort nach dem „Muhm“ anderer Städte und Unternehmer, die die Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit brutal auf die Straße werfen. Ein Vertreter in dieser Hinsicht ist aber für den Rat durchaus nicht am Platze, da ja dieses Kapitel in den letzten Jahren so wie so nicht gut abschließt. Schlagen wir die Annalen auf, sohen wir im Jahre 1906 auf einen Akt stadträtlichen „Wohltuens“ in der Maßregelung von 23 städtischen Schleusenreinigern, denen zugemutet wurde, daß sie ihren Arbeitsbrüdern bei der privaten Düngr-Exportgesellschaft durch Streikarbeit in den Rücken fallen sollten. Weil sie dieses, gegen ihre Arbeiterehre und Solidaritätsgesühl verstoßende Anjinnen mit der einzig richtigen Antwort — der Verweigerung der Streikarbeit — zurückwiesen, befehlen sie die stadträtliche „Milde“ und soziale „Fürsorge“ durch Stockhiebe auf die Wangengegend zu verspüren, in dem sie knall und Fall aus ihrer Arbeitshalle entlassen und so mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben wurden. Eine ähnliche Wiederholung dieses „Wohltuens“ zeigte sich in diesem Frühjahr bei dem Streik der Kutscher im Schweißhewerl, wo vier städtische Straßenreiniger des gleichen Schicksal, wie die Schleusenreiniger von 1906 mit ihren Familien erlitten. Latendrang und Ordnungssinn im Rathhause sorgten nun aber dafür, daß sich diese Liste durch einen weiteren Akt noch bereichern sollte, indem der Vorsitzende unserer Filiale und zugleich Arbeiterausschuhmitglied der Gasanstalt I, Kollege Richard Gessel, kürzlich gemahnt wurde. Weshalb? Das wird in einem zwei Seiten langen Schreiben des Personalamts an den Gemahrgestellten unter Anführung der „Verbrechen“, wo er gegen die heilige Ordnung des Rates verstoßen haben soll, auseinandergesetzt, und wird am besten auch für den Uneingeweihten durch den Schlußsatz charakterisiert, der da lautet: „Sie haben sowohl die Ausführungen des Verichterstatters wie die Resolution vollinhaltlich gelesen und damit ein Verhalten an den Tag gelegt, das als unvertretlich mit den Pflichten eines Arbeiters seinem Arbeitgeber gegenüber bezeichnet werden muß und das für längeres Verbleiben im städtischen Dienste aus Gründen der Disziplin unmöglich erscheinen läßt.“

Worauf stützt sich nun die Maßnahme des Rates? Die organisierte Arbeiterschaft fordert im Einverständnis mit der Gesamtarbeiterschaft des Rates seit Jahren eine Reform der Lohnordnung, ohne aber daß diesem Verlangen bis heute Rechnung getragen worden sei. Dieser Notstand kam von den Arbeitern aller Ressorts dem Rat zu Gehör durch ihre Vertreter, die Arbeiterausschüsse. deren Anträge wurden zunächst mit Zurückstellung der Lohnverbesserungen bis zu dem Zeitpunkt, wo die neue Lohnordnung in Kraft gesetzt sei, die zugleich auch mit der Vereinheitlichung der Arbeitszeit für alle Betriebe in Vorarbeit begriffen sei, beantwortet. Diese Vorarbeit hält nun nahezu zwei Jahre an und es ist in der Tat die Geduld und Rücksichtnahme der Arbeiter auf diese Vorarbeit nur zu bewundern. Doch auch die größte Geduld kennt Grenzen. Nachdem nach der letzten Bescheidung des Personalamts vom 15. November 1911, wonach die Angelegenheit beschleunigt werden sollte, wieder nahezu acht Monate ins Land gegangen, ohne den geringsten Fortschritt zu erkennen, war der Unwille der Arbeiterschaft groß. Die Organisationsleitung gab dem Drängen der Arbeiterschaft nach durch Arrangement einer Protestversammlung am 12. Juli d. J., die auch einen starken Besuch aufwies. Damals wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 12. Juli 1912 zahlreich versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen erklären die Einführung einer Lohnordnung, die eine mindestens 10prozentige Erhöhung der gegenwärtigen Löhne bei der Umwandlung in Wochenlöhnen vorsieht, für eine unabänderliche Notwendigkeit. Die Versammlung betrachtet zugleich die einseitige Regelung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben als ein für beide Teile mißliches und dringendes Bedürfnis. Sie bedauert lebhaft und spricht ihre entschiedene Mißbilligung aus, daß die Behandlung dieser beiden,

für die Arbeiter so hochwichtigen Fragen in einer so mißachtenswerten Weise seit nahezu zwei Jahren betrieben wird, und durch Verschleppungskünste den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen der Nutzen dieser Einrichtung vorenthalten wird. Das zeugt von einem erheblichen Mangel an sozialem Verständnis in Arbeiterfragen. Gegen diese Behandlung betrachtet die Versammlung als beste Lösung eine machtvolle Stärkung und Kräftigung ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und verpflichten sich die Anwesenden, nach besten Kräften zur Erfüllung dessen beizutragen.“

Diese Resolution hatte es dem Rate angetan und es wurde deshalb der Leiter der Versammlung vor das hohe Tribunal des Rates geordert und ihm nach einigen Wochen die Entlassung durch angeführtes Schreiben übermittelt. Unternommene Versuche, den Gemahrgestellten wieder einzustellen, wurden der vorstellig gewordenen Kommission vom Rate glatt abgelehnt. Soweit der tatsächliche und sachliche Teil dieser Angelegenheit.

Dieser Fall hat eine frappante Ähnlichkeit mit den bekannten Lehrermahregelungen. Die Arbeiter möchten sich vom Rate vorschreiben lassen, was sie in ihren Versammlungen zu reden und zu tun wünschen, um ja nicht gegen die Wohlverhaltensmaßregeln des Rates für städtische Arbeiter zu verstoßen. Warten und immer wieder warten lernen möchten sie auf ihre notwendigen Lohnzulagen, und wenn die Teuerung im Lande das Mißverhältnis zu den Löhnen noch weiter und weiter steigert, wie es jetzt schon der Fall ist, dafür ein richtiges Wort der Kritik zu finden, verhöht gegen die heilige Ordnung des Rates und es ist besser, sich in Demut und Ehrerbietigkeit in das gegebene Schicksal zu fügen.

So ungefähr kann man aus dem Schreiben an den Gemahrgestellten den Grundton herauslesen. Wie weltfremd ist doch dem Rat das Empfinden der Arbeiter in solchen Fragen und wie wenig sich der Rat bemüht, die Anschauungen der Arbeiterschaft kennen zu lernen und zu würdigen, geht unzweifelhaft aus diesem Schreiben hervor und bedarf keines weiteren Kommentars. Aber auch von der anderen Seite, soweit die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse in Frage kommt, muß das Vertrauen zu dieser Einrichtung nicht nur bei den Vertretern der Arbeiter, sondern auch bei der Gesamtarbeiterschaft schwinden, weil ihnen für ihre Interessenvertretung nicht diejenigen Garantien geboten werden, die zu einem solchen Amt erforderlich sind. Das wird durch diesen Fall besonders erhärtet. Ob jedoch der wahrscheinlich beabsichtigte Zweck, der damit verfolgt wird, die Organisation zu treffen, das Koalitionsrecht und die Versammlungsfreiheit der städtischen Arbeiterschaft zu beeinträchtigen, erreicht wird, wird die Zukunft lehren und auf jeden Fall an dem gesunden Sinn der städtischen Arbeiterschaft in solchen Fragen scheitern. Diese Perspektiven sind auch durch die Versammlung am 24. August 1912 im Volkshause durch eine imposante Kundgebung von neuem bestätigt worden in der einstimmigen Annahme nachfolgender Resolution:

Die am 24. August 1912 im Volkshause tagende Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt gebührend Kenntnis von der Maßregelung des Arbeiterausschuhmitgliedes und Filialvorsitzenden, Kollegen Gessel durch den Rat. Sie erblickt in dieser Maßnahme, wo ein Arbeiterausschuhmitglied und Familienvater aus seiner acht Jahre innegehabten Beschäftigung deswegen entlassen wird, weil er die Interessen seiner Mandatgeber, wie die der städtischen Arbeiterschaft im allgemeinen auch in einer öffentlichen Versammlung rückhaltlos zu vertreten wagte, nur den Versuch, die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen von ihrer Organisation, dem unangenehmen Mahner des sozialen Bewusstseins, abzubringen und einzuschüchtern. Demgegenüber erklärt die Versammlung, daß sie sich weder durch diesen noch durch andere etwa geplante Versuche oder Machenschaften, mögen sie kommen, woher sie wollen, in der Ausübung ihres Koalitionsrechts und -freiheit hindern läßt und verspricht, mit verdoppelter Energie und Ausdauer für die Organisation der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten. Die Versammlung ist aber ferner infolge dieses Vorganges nicht mehr in der Lage, der Institution des Rates, der Einrichtung der Arbeiterausschüsse, noch besonderes Vertrauen entgegenzubringen.“

Dieser Vorgang, wie auch die unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen ein Ansporn für die städtische Arbeiterschaft sein, sich enger in der Organisation zusammenzufinden, um gemeinsam an der Verbesserung der sozialen Lage mitzuarbeiten.

Leipzig. Wegen Maßregelung eines Arbeiterausschuhmitgliedes und wegen nicht befriedigender Würdigung ihres Amtes durch den Rat haben am 29. August 1912 104 Arbeiterausschuhmitglieder, das ist etwa 4. der Gesamtkörperschaft in allen Betrieben des Rates, ihre Ämter niedergelegt.

## Lohn- und Tarifbewegung der Berliner Kollegenschaft.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich eine Versammlung aller städtischen Arbeiter Berlins. Gegen 3000 Kollegen waren am 2. September in den Konfordinälen zusammengedrängt, um Stellung zu nehmen zur Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Basis eines neu zu schaffenden Tarifvertrags.

Der Referent, Kollege Wukly, wies zunächst auf die letzte völlig ungenügende, kaum 5 Proz. Aufbesserung durchschnittlich betragende „Lohnregelung“ hin. Nun aber hat die Lebensmittelerhöhung mit ungeheurer Schärfe eingeleitet, was Redner im einzelnen noch einmal nachweist. So muß unter allen Umständen eine durchgreifende Lohnerhöhung gefordert werden. Es ist aber unsere Aufgabe, gleichzeitig dem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten, der in der Art der Behandlung der Arbeiters auschüsse seit Jahren besteht und gegen den wiederholt protestiert werden mußte, ja der zeitweilig zur Niederlegung ihrer Ämter führte. Um nun aber endlich eine rechtliche Basis für die städtischen Arbeiter zu erhalten, fordern die Vertrauensleute aller Berliner städtischen Betriebe die Abschließung eines Tarifvertrages mit unserer Organisation. (Die Einzelheiten der Tarifpositionen werden in nächster Nummer eingehend behandelt werden.) Insbesondere sollen der Reumtudenten tag für alle Betriebe, der Achtstundentag in den kontinuierlichen Betrieben, sowie Wochenlöhne mit entsprechender Steigerung gefordert werden. Der Redner schloß unter brausendem Beifall mit der Aufforderung, alles daran zu wenden, damit wir uns geschlossen zur Wehr setzen können, wenn wider alles Erwarten unseren berechtigten Forderungen gegenüber kein Entgegenkommen gezeigt wird.

In der Diskussion wies Schadow auf die überlange Arbeitszeit in den Krank- und Pflegeanstalten hin. Hier mußte unbedingt bald Abhilfe geschaffen werden. Des weiteren zeigten die Kollegen Kiehl und Daxpapp, wie in der Straßeneinrichtung und bei den Gaswerken die Dinge nicht so weiter gehen. Schabel mußte in deutlicher Weise darzulegen, wie unterschiedlich man die Arbeiter und die höheren Beamten behandelt und wie insbesondere die Kieselsteindarbeiter bessere Berücksichtigung fordern müssen.

Mit einstimmiger Annahme nachstehender Resolution und einem warmherzigen Appell des Vorsitzenden Jabel schloß die Versammlung. Die Resolution lautet:

„Die am 2. September 1912 in den „Konfordinälen“ tagende von 3000 Kollegen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten erklärt, daß die in den Gemeindebetrieben der Stadt Berlin bestehenden Löhne nicht entfernt ausreichen, um gegenüber der fortgesetzt steigenden Teuerung und in der dadurch hervorgerufenen Notlage irgendwie bestehen zu können.

Die Versammelten beschließen daher, den städtischen Körperschaften unverzüglich Anträge auf Erhöhung der Löhne zu unterbreiten.

Da ferner jahrelange Erfahrungen bewiesen haben, daß die bestehenden Arbeiters auschüsse keineswegs als brauchbare Vertretungen der Arbeiterschaft angesehen werden können, andererseits aber die Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen zu einem Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine soziale Notwendigkeit ist, sind gleichzeitig Schritte zu unternehmen, um den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Magistrat und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in die Wege zu leiten.

Um diese Forderungen zur Durchführung zu bringen, bedarf es des entschlossenen Zusammenwirkens der Gesamtkollegenschaft. Die Versammelten appellieren deshalb an das Solidaritätsgefühl aller Kollegen und rufen sie auf, durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ihre unabwiesbare Pflicht als moderne, denkende Arbeiter zu erfüllen.“

## Die Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter Ost- und Westpreußens.

Die Stadtverwaltungen Ost- und Westpreußens können immer noch nicht begreifen, daß sie selbst auch viel besser fahren, wenn sie die alten Vorurteile fallen lassen und die Forderungen der Arbeiter durch Verhandlung der Magistrats und Stadtverordnetenversammlungen generell regeln. Fast alle Stadtgemeinden der Provinz wollen die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur den zuständigen Provinzialparlamenten überlassen. Sie übersehen dabei vollständig, daß sie dadurch in die Verantwortung für die Arbeiter hineingezogen werden. Einmal regelt die Provinzialparlament die Löhne und Arbeitszeiten recht

abweichend voneinander in den verschiedenen Betrieben und zum zweiten recht willkürlich. Hierdurch wird der Augendienerei und Streicherei Tür und Tor geöffnet.

Einen Anlauf zur Besserung haben die Stadtverwaltungen in Königsberg und Tilsit genommen. In ersterer Stadt sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen schon längere Zeit generell geregelt, in letzterer seit dem Streik der städtischen Arbeiter. Ein Uebel haftet jedoch auch hier noch an, und das ist die Lohnhöhe selbst sowie die Lohnsteigerung. Es ist unmöglich, mit einem Tageslohn von 3,20 Mk. auszukommen, und die Steigerungen erfolgen nur alle zwei bzw. drei Jahre, so daß der Höchstlohn erst zu Anfang des 10. Dienstjahres erreicht wird. Ein ähnliches Uebel haftet auch den sozialen Einrichtungen an, die zu sehr vom Wohlwollen abhängen, das den Arbeitern mit Recht verhaßt ist. Etwas weniger Wohlwollen und mehr Gerechtigkeit würden die Arbeiter mit Freude hinnehmen. Um dies zu erreichen, haben die Arbeiter Königsbergs durch ihre Auskünfte den zuständigen Behörden diesbezügliche Anträge gestellt, auf deren Genehmigung sie ungeduldig warten.

Schlimmer sind die Zustände in der westpreussischen Hauptstadt Danzig. Hier herrscht noch völliges Mittelalter. Dabei preisen die Danziger Zeitungen ihr Stadtoberhaupt als einen unübertrefflichen Menschen. Und der Oberbürgermeister hat einmal selbst gesagt, daß er bestrebt ist, jedem Einwohner Danzigs das Leben recht angenehm zu machen. Schlimmer als der Magistrat ist die Stadtverordnetenversammlung, die sich aus Liberalen, Fortschrittlichen und Zentrum zusammensetzt. Schon im vorigen Jahre forderten die Gasarbeiter und in diesem Jahre die Krankenhausangehörigen die Errichtung von Arbeiters auschüssen. Wie verlannt, soll der Oberbürgermeister der Errichtung von Arbeiters auschüssen nicht geneigt sein, sie sind aber bisher nicht eingeführt. Die Löhne sind nicht nur viel zu niedrig, sondern auch sehr unterschiedlich in den verschiedenen Betrieben.

Da vor zwei Jahren die vorerwähnten Parteien bei Gelegenheit der Stadtverordnetenwahl recht viel versprochen, aber nichts durchgeführt haben, so sind wir neugierig, welche Ausreden und Versprechungen sie den Arbeitern diesmal machen werden. Die große Nähe der schwarzen Arbeitervertreter, ihre Schamlosigkeit vor dem Verkehr mit Andersgearteten zu hindern, läßt übrigens auf ein schlechtes Gewissen schließen.

Die schlechte Entlohnung des Personals des Krankenhauses führt dazu, daß jeder sich so schnell wie möglich anderwärts nach Beschäftigung umsieht. Die Situation ist denn auch in dieser Danziger Wasseranstalt so groß, daß man das Krankenhaus einen Teufelskühl nennt. Und trotzdem läßt der Magistrat die Petition des Personals unbeantwortet.

So ist es denn auch begreiflich, daß die Arbeiter Danzigs mit ihren Verhältnissen sehr unzufrieden sind. Beringer Lohn, lange Arbeitszeit, dazu die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Mieten für die elenden Wohnungen lassen die Mehrzahl der Beschäftigten nicht zur Ruhe kommen. Die nachgeordneten Anstalten bekämpfen die Unzufriedenheit mit recht heimlichen Mitteln der Schikane und Entlassungen. Die im Krankenhaus Beschäftigten haben schon die Gerichte anrufen müssen, um zu ihrem Lohn oder zu einem Zeugnis zu kommen. Doch wird hier nicht eher Besserung eintreten, bis die Arbeiterschaft ihren falschen Freunden die Gewerkschaft verjagt und sich einheitlich organisiert. Die vielen Klimbimereine haben sie nur über das Feld hinwegzutäuschen versucht, sind aber niemals für eine Besserung des unhaltbaren Zustandes energisch eingetreten. Weg mit ihnen! muß die Parole lauten.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Mecklenburg stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den zuständigen Deputierten überlassen werden muß. Sie lehnten die Petition unserer Kollegen glatt ab. Nun hat der Deputierte die Löhne „geregelt“. Doch hat diese Regelung viel Böses Wat gemacht, weil die meisten Arbeiter sehr geringe Aufbesserung ihrer Löhne erfahren. Doch gerade die paar Mann, welche die Petition nicht unterzeichnet hatten, eine höhere Forderung erhoben, ist wohl nur Zufall und keine Absicht? Es geht nicht an, anzunehmen, daß die Unterzeichnung einer Petition irgendwelchen Einfluß auf die Vermehrung der Forderung gehabt hat. Am 1. Oktober sollen die Löhne neuer aufgebessert werden. Hier hat sich die Magistrat, die verschiedenen Parteien zu beschäftigen. Es ist aber geblieben nicht. Warten wir ab.

Einen 30. im Kampf mußten die städtischen Arbeiter Mecklenburgs um Aufbesserung der Löhne fahren. Zweimal blieben ihre Eingaben unbeantwortet. Endlich raffte sich die Verwaltung des

Gas- und Wasserwerks auf und legte den Arbeitern 20 Pf. pro Tag zu und führte auch den Sommerurlaub ein. Erhielten auch die Arbeiter nicht alles, was sie forderten, so blieb der Erfolg ihrer Bemühungen doch nicht aus. Das wird sie anspornen, nun erst recht an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu wirken.

Die Elbinger sächsischen Arbeiter sagen mit Recht, daß der Magistrat Elbings am rücksichtslosesten den „Herrn im Hause“ spielt. Jede, auch die geringste Aufbesserung der Hungerlöhne muß ihm mühsam abgerungen werden. Die Herren geben die unhaltbaren Zustände zu, halten aber den Daumen auf dem Geldsack und lehnen die Forderungen der Arbeiter ab. Erst langsam und die Arbeiter der Klagenlage, die eine sehr schmutzige und schwere Arbeit verrichten müssen, erneut an den Magistrat herantreten behufs einer Erhöhung des Lohnes und Bezahlung der Hungerlöhne mit einem Aufschlag. Da man auch diesmal die Wünsche der Arbeiter auf die lange Bank schieben wollte, so wurde die Sache kritisch. Die Arbeiter wollten unter diesen Umständen nicht länger arbeiten, und es wäre in diesem Betriebe zum Ausbruch gekommen. Wenn man auch die Art des Vorgehens nicht billigt, so kann man daraus auf den Grad der herrschenden Erregung doch Schlüsse ziehen. Endlich hat nun der Magistrat beschlossen, die Löhne der Arbeiter zum 1. Oktober d. J. aufzubessern.

So hätten wir denn in allen Orten eine kleine Aufbesserung der Löhne durchgeführt. Bei der herrschenden Teuerung bedeutet sie aber nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Es wird noch viel Mühe kosten, eine Hebung der Lebenslage der sächsischen Arbeiter Ost- und Westpreußens durchzuführen.

**Krankenkontrolle und Fürsorgestelle. \*)**

Eine neue Art der Längerei erwacht den Krankenkontrollanten durch die Auskunfts- und Fürsorgestellen, wie sie in den letzten Jahren in erfreulich zunehmender Zahl an den verschiedensten Orten des Reiches geschaffen wurden.

Ganz sind in Deutschland unseres Wissens in Halle a. S. Fürsorgestellen für Lungenkranke errichtet worden, angeregt durch das in Frankreich und Belgien gegebene Beispiel. Die Tatsache, daß die Tuberkulose trotz der verschiedensten Maßregeln, trotz der Erziehung zahlreicher Heilstätten usw. immer noch ungeheure Opfer an Menschenleben fordert — sterben doch noch jetzt über 10000 Menschen alljährlich an der furchtbaren Seuche — führt mit Notwendigkeit dazu, sich nach anderen Hilfsmitteln umzusehen. Die Erkenntnis, daß trotz der circa 14000 Betten, welche im Jahre 1910 Reichskranken in Lungenheilstätten zur Verfügung standen, mehr wie ein Gehäufel der 4. bis 500000 kranken Tuberkulösen unterzogen bleiben und eine fortwährende Ansteckungsgefahr für die Umgebung bilden, nötigt dazu, im Kampfe gegen die furchtbare Volksseuche immer neue Mittel nutzbar zu machen.

Obst. Reg. Rat Rütter, der Verwaltungsdirektor der Berliner Charité, stellt als Aufgabe der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke hin: ... Die Weiterverbreitung der Tuberkulose in den Wohnungen zu verhüten, die Geübten vor Ansteckung zu schützen und die Hausfrauen zur Aufmerksamkeit auf die Gefahr, zur Menschlichkeit und zweckmäßiger Ernährung der Familie zu erziehen und fähig zu machen. Es sollen also die vorhandenen Mittel und Kräfte der Leute selbst zu einer zweckmäßigen Verwendung gebracht und nur dasjenige als Zuschuß von dritter Seite benutzet werden, was wirklich fehlt und notwendigerweise ergänzt werden muß. Man sieht schon, daß dies Programm auf Selbsthilfe mit Bezeichnung durch die Fürsorgeeinheit gerichtet ist und nur verhältnismäßig wenig von dritter Seite verlangt. Dabei ist die Fürsorgearbeit auch billig, teuer ist nur die Entsendung in Heilstätten und Krankenhäuser; aber auch hier läßt sich leidlich sparen, besonders in Land- und kleineren Stadtgemeinden.

Schon hieraus ist ersichtlich, von welchem Interesse die Fürsorgeeinheit für die Krankenkassen ist; wir wissen ganz genau, wie beschränkt auch unsere ausgedehnten Leistungen sind, sie sind nicht ausreichend, um Lungenkranke in größerer Zahl ihre Gesundheit wiederzugeben, noch weniger, um die Ansteckungsgefahr zu verringern und die Hebertragung der furchtbaren Seuche auf Mitglieder des gleichen Haushalts zu verhindern.

Gewiß, die fortgeschrittenen Krankenkassen warten nicht geduldig, bis ihre lungenkranken Patienten von der zuständigen Landesversicherungsanstalt einer Heilstätte überwiesen werden, sie

jorgen dafür, daß solche Kranke möglichst rasch für Rechnung der Kasse Aufnahme finden, ja einige unserer Krankenkassen besitzen eigene Lungenheilanstalten. Aber es ist doch nur der geringere Teil unserer Tuberkulösen, für welche in solcher Weise geeignetes Unterkommen beschafft wird. Ausgeschlossen sind in erster Linie die Schwermkranken, für sie ist nirgends Platz; unter der Not, sie in Krankenhäusern unterzubringen, haben wir in unseren Verwaltungen schwer zu leiden. Wir sind mit unserem Latein völlig zu Ende. Wenn wir nicht dazu übergehen, die Hilfe der Fürsorgestellen in Anspruch zu nehmen, erfüllt unsere Unternehmung, wenn auf sie überhaupt noch Anspruch besteht, ihren Zweck nicht; wir wissen, daß hier der beste Arzt nicht helfen kann und mit Arznei allein nichts getan ist; wir können einen oder auch zwei Liter Milch gewähren, wissen aber auch, daß damit die Notlage nicht behoben ist, auf die wir allerorten stoßen, wo Tuberkulose liegt. Wo aufmerksam kontrolliert wird, erfahren wir beinahe stereotyp: der Kranke liegt zusammen in einer Stube mit Frau, zwei, drei und noch mehr Kindern; oft genug hören wir, daß noch Schlafburichen gehalten werden; und daß es nicht ganz selten ist, daß Lungenkranke mit anderen Personen eine Lagerstatt teilen müssen, beweist die Tatsache, daß die Erstkrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute in Berlin allein in einem Jahre 110 derartige Fälle feststellte und seit Vornahme der Wohnungserhebungen 2426! Also wir kennen die Not und das Elend, wir hören oft genug, in welchem mangelhaftem Zustand das Bett des Kranken ist, wir wissen es, aber wir können es nicht ändern; wir hören, daß die Kranke in einem Räume liegt, in welchem andere Mädchen und Frauen Schürzen oder Wäde oder Soßen nähen, die dann hinausgeschleudert werden in alle Welt, oft genug behaftet mit den Keimen der Tuberkulose. Wir finden Mädchen, in welchen neben dem Kranken Zigarren gewickelt oder Knallbonbonhälften gefertigt werden; wir wissen es, aber wir sind machtlos, den Folgen vorzubeugen. Und hundert und aber hundert Fälle kommen zu unserer Kenntnis, daß mit dem lungenkranken Vater, mit der tuberkulösen Mutter keine Kinder zusammen hausen, zarte Wesen in dem empfindlichsten Alter; wir wissen, daß das Kindesalter am meisten zur Ansteckung geneigt ist, aber wir können nicht eindringen.

Wir können nicht eindringen, wir können nicht helfen, wir müssen den Dingen ihren schrecklichen Lauf lassen, wenn wir unsere Obliegenheiten in der strengen Beachtung von Gesetz und Statut erfüllt haben wollen. Aber wenn wir ein sühlendes Herz in der Brust haben, lassen wir es dabei nicht bewenden, dann suchen wir die Dinge zu ändern und bemühen dazu alle nur irgend geeigneten Einrichtungen. Es sind Menschenleben, um die es sich handelt, und es sind auch meist Familienmitglieder, welchen geholfen wird.

Die Seele der Fürsorgestelle ist die Fürsorgeinhaberin. Sie hat die Kranken zu besuchen, die Wohnung zu prüfen, die Wohnungsfürsorge einzuleiten, sie kann der Hausfrau mit Rat und Tat an die Hand gehen und wird bei ihren weiteren Besuchen überwachen, ob die gegebenen Anleitungen befolgt werden. An manchen Stellen genügt eine Umstellung der Betten, in anderen Fällen, wo der Platz beschränkt ist, wird ein Bettstirn eingeschoben, den die Fürsorgeinhaberin leitet und der den gesunden Bettnachbar vor den Ausstrahlungen des kranken Kranken schützt. Die Schwester unterrichtet über die Behandlung der Krankenwärterin und weist auf die Gefahr gemeinschaftlicher Gß- und Trinkgeschirre hin; sie veranlaßt aber auch, wo Bettmangel herrscht, daß der Kranke sein eigenes Bett erhält oder daß Ritzquäpfe gewährt werden, um das Zumindest eines weiteren Raumes zu ermöglichen. Wir ersehen aus den Berichten, daß in Fällen besonderer Not Essen aus der Krankenküche beigesteuert und Marken für die Volksküche verabreicht wurden; Kinder und Erwachsene werden nach Erholung, Wald- und Heilstätten geschickt und häufig wurde für Desinfektion Sorge getragen, nicht nur bei Todesfällen, wie das Seuchengesetz vorschreibt, sondern auch bei Lebenden.

Woh wertvoller ist aber das Wirken der Auskunfts- und Fürsorgestellen geworden, seit sie ihre Tätigkeit auch auf die Alkoholkranken erstreckten. Wer einigermaßen Weisheit weiß, wie die häuslichen Verhältnisse bei solchen Kranken meist liegen, der, aber auch nur der wird sich ein Bild machen können von der Hölle von Arbeit, welche hier noch zu tun ist. Hier heißt es vielfach, die gänzlich verfallene ökonomische Lage anzubessern, um bei den Kranken pinakulären Einfluß zu gewinnen. Die Fürsorge muß sich hier erst recht auf die ganze Familie erstrecken und die Hilfe abstinenter Organisationen mehr mit in Anspruch genommen werden. Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung werden diese Aufgaben etwas erleichtern, aber auch weiter werden die Nachmittel der Krankenkassen allein nicht von Erfolg begleitet sein.

\*) Aus dem „Leitfaden der Krankenkontrolle“, 8. Auflage, herausgegeben von Albert Mohr, Geschäftsführer der Mainländer Krankenkasse, Berlin. Verlag des Gesundheitsrats der Reichsversicherung Frankfurt a. M. 1912. Preis 1 Mk.

Es liegt im Interesse der Krankenkassen sowie ihrer Mitglieder und der ganzen Bevölkerung überhaupt, mit diesen Auskunfts- und Fürsorgestellen, wo es noch nicht geschehen ist, in möglichst enge Fühlung zu treten. Dies kann dadurch geschehen, daß den Fürsorgestellen von jeder Erkrankung an Tuberkulose, Alkoholismus direkt von der Verwaltung Mitteilung gemacht wird, es kann aber zweckmäßig auch in der Weise bewirkt werden, daß die Kassenverwaltung dem Kontrolleur vorgebrachte, am besten gebrochene Zettel ausständig, auf welchen die Adresse der Fürsorgestelle, die dort eingeführten Sprechstunden usw. vermerkt sind, in welchen aber auch erwähnt werden muß, daß durch die Fürsorgestellen nicht die ärztliche Behandlung besorgt wird, diese vielmehr in Händen des Kassenarztes bleibt und daß dieser letztere die Zustimmung zu der Ueberweisung aussprechen muß. Es wird Sache der einzelnen Kassenverwaltung sein, ihre Abmachungen mit der Fürsorgestelle direkt zu treffen, so daß sie stets erfährt, welche Maßnahmen bei den einzelnen Rassenmitgliedern getroffen sind. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten der beiden Institute wird eine besondere Waffe in dem Kampfe gegen die großen Volkskrankheiten, besonders gegen die Tuberkulose und den Alkoholismus, bilden.

### New Yorker Straßen und Straßenreinigung.

Das öffentliche Leben Amerikas, d. h. die Verwaltung der Städte, Staaten und des Reiches, hat einen Uebelstand zu verzeichnen, den wir in Deutschland wohl auch, aber nur als Ausnahme zu verzeichnen haben; nämlich die Verquickung von Politik und Geschäft. Die einzelnen Departements in den Städten, Staaten und im Reich dienen den Politikern der alten Parteien (Demokraten und Republikanern) als eine Milchkuh. Nicht allein des mitunter recht hohen Gehaltes wegen, mehr wegen der mit dem Amte verbundenen Nebeneinnahmen, indem man sich schmieren läßt, um bei Uebertretung bestehender Gesetze ein oder auch alle beide Augen zuzumachen. Diese politische Korruption nennt man hier „Graft“. Jede Stadt und jeder Staat hat gelegentlich mal seinen „Graft“. Am verrufensten sind der Staat Pennsylvania und die Stadt New York.

Wie wenig Anteil am öffentlichen Leben, an der Verwaltung der öffentlichen Betriebe die Bevölkerung hier nimmt, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die meisten öffentlichen Betriebe in den Händen privater Gesellschaften sind. Beleuchtungsweesen, Ver-

kehrwege, als Straßen-, Hoch- und Tiefbahn, Schlachthäuser, Friedhöfe usw. sind meist in privaten Händen. Der städtische Betrieb sei zu teuer, erklären die Politiker, in Wahrheit befürchten sie nur, ihre Nebeneinnahmen zu verlieren. Wo sich der städtische Betrieb rentabel zeigte, gingen die Politiker dazu über, einen Schandrian künstlich herbeizuführen, um den Betrieb an private Gesellschaften ausliefern zu können. So geschah dies vor einigen Jahren mit dem Gaswerke in Philadelphia und so versuchte man vor kurzem die städtischen Fährboote in New York in Mißkredit zu bringen, indem man das Personal in einen ganz aussichtslosen Streik hefte.

Wie gesagt, New York ist typisch für seinen politischen Graft. Die Untersuchung, die voriges Jahr der städtische Kommissar Jos. bid anstellte, zeigte, daß jedes Departement seine Korruption hat. Gesundheitsbehörde, Münz- und Maßprüfungskommission, Erziehungsbehörde, kurz alles zeigte sich verfeuert. Am meisten natürlich das Polizeiamt. Das beweist die neuere Rosenthal-affäre aufs neue.

Daß auch das Wasserreinigungsdepartement unter solchen Umständen nicht viel wert ist, ist leicht erklärlich. Der Zustand der Straßen in New York ist jedoch ein solch schlechter, daß man sich in Deutschland kaum einen Begriff machen kann. Alenthalten sind im Pflaster oder Asphalt Löcher, so daß, wenn es regnet, es immer eine Gefahr für die Kleider ist, auf den Straßen zu gehen. Am besten ist es noch in den Stadtteilen, wo die Meiden wohnen, 6. Avenue, Madison Avenue usw. In der unteren Eiseite spotten die Straßen jedoch jeder Beschreibung. Und es ist nicht nur äußerst interessant, an einem heißen Sommertage durch dieses Stadtviertel zu gehen, sondern auch eine Geduldprobe für Augen und Nase. Hier spielt sich nämlich das ganze Leben auf der Straße ab. Kleiderhändler haben ihre Kleider im Dreien hängen, Warenhändler nehmen mit alten Möbeln, Oefen und was sonst noch die halbe Straße ein. Alte Küsten, Säcke, Apfelsinenchalen, Zeitungspapier, Aechricht, tote Katzen und Matten und dergleichen vervollständigen das Bild. Hier hört man alle Sprachen der Welt.

Diese Straßen werden wohl ab und zu mal gereinigt, die Hauptreinigung erfolgt jedoch gewöhnlich zu den hohen Feiten. Diese Feiern wurden nicht weniger als 3000 alte Matratzen, die die Bewohner auf die Straßen geworfen haben, aus diesem Stadtteil entfernt.

Etwas reinlicher ist es in der Gegend der 5. Avenue, wo sich hauptsächlich der ganze Automobilverkehr abspielt. Eine reine Luft gibt es auch hier selten, sie ist fast durchweg mit dem Peningstant

### Das Land der Zukunft.<sup>1)</sup>

Der deutsche Büchermarkt ist reich an Jugendbüchern; aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von ihnen hat dauernden Wert. Von diesen wenigen eignen sich aber wieder nur die allermeisten bedingungslos auch für die proletarische Jugend unserer Tage. Gerade die besten Jugendbücher sind eingetaucht in eine Lebens- und Weltanschauung, die durchaus dem Bürgertum zu eigen ist.

Das vorliegende Jugendbuch ist dagegen aus echt proletarischem Geiste herausgeboren. Es ist eine Reisebeschreibung nach Argentinien. Aber der die Reise machte, war ein armer Arbeiter, der, wenn er durch das ihm fremde Land kommen wollte, sich durch Arbeit weiter helfen mußte. Der bürgerliche Reisende kommt vorwärts mit Hilfe seines Geldbeutels, der proletarische mit Hilfe seiner Arbeit. Dieser Unterschied prägt natürlich jeder Reisebeschreibung ihren sehr verschiedenen, ganz charakteristischen Stempel auf. Ich sehe die Dinge, die um mich her vorgehen, mit ganz anderen Augen an, je nachdem ich über einen vollen oder einen leeren Geldbeutel verfüge. Ja, ich sehe teilweise überhaupt ganz verschiedene Dinge, je nachdem ich auf der Reise Geld habe oder nicht. So kommt es, daß hier, in diesem Buche, Argentinien, das „Land der Zukunft“, in einer ganz anderen Beleuchtung vor uns liegt, als es bisher jemals von Reisenden geschildert worden ist. Es ist geradezu ein einfaches anderes Land, als das, was wir bisher geschildert erhielten. Aber es ist darum nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr das wahre Argentinien, das wir in dem Büchlein von Kollisch kennen lernen. Es ist das Argentinien nicht der dünnen Herrenkaste, die das ungeheuer weite und leere Land heute beherrscht, sondern das Argentinien der bunt zusammengewürfelten Arbeitermassen, der eingeborenen Indianer und Mischlinge wie der eingewanderten Deutschen, Standinavier, Oesterreicher, Ungarn, Italiener, Tschechen, Rumänen, Russen,

Griechen und Bulgaren, die ausgebeutet werden, um die Schätze des Landes zur Ausbeutung zu bringen. Es ist also das Argentinien des internationalen Proletariats, das ein moderner Proletarier mit schwieriger Hand und schwer erkaufte Erfahrungen hier vor unseren staunenden Augen aufzeichnet. Sollte nicht schon deshalb das Büchlein für die proletarische Jugend geradezu wie geschaffen sein?

Und mit was für feurig-lebendigen Farben malt Kollisch das, was uns so neu ist, vor uns hin? Da ist keine Seite, die langweilig zu lesen wäre. Von Anfang an packt er uns, von Seite zu Seite wird er interessanter. Immer lebendiger steigern sich die Erlebnisse; immer hingerissener hören wir ihm zu. Kein überflüssiges Wort; kurz, schneidig, klar, packend steht alles und jeder seiner Lebensgefährten vor uns. Ein gut Teil, und zwar gerade der gesündeste, von dem Geist und der Art der modernen Indionerbücher lebt in den Schilderungen dieser merkwürdigen Jugendchrift wieder auf, so daß — ich bin dessen gewiß — die Schrift keinen reiferen Proletarierjungen eher wieder löst, bis er sie zu Ende gelesen.

Ja, die Verwandtschaft mit den alten, ewig jungen Indianerbüchern, die auch wir Alten einst leidenschaftlich verschlangen, geht noch viel weiter; sie liegt nicht nur in der Sprache, die Kollisch vielschön handhabt, sondern ebenso fest in den Erlebnissen, die er darstellt. Gewiß, es sind eigentlich nicht andere Erlebnisse, als wie sie der moderne Arbeiter durchschnittlich auch in Europa, auch „dabeim“ durchzumachen hat. Und doch, wie ganz, ganz anders, wie außerordentlich abenteuerlich, inhaltreich schauen diese argentinischen Arbeitererlebnisse jeden an. Schon deshalb, weil sie so selten abwechselungsreich sind. Binnen wenigen Jahren ist unser Reisender hintereinander — echt amerikanisch — Kellereiarbeiter, Dreher, Nachtwächter, Landarbeiter, Kanalarbeiter, Ochsentreter, Stauer, Zimmermann, Glaser, Koch, Gaucho, Schäfer und Schaffherer, Brunnenbauer, Expedient und Metallarbeiter. Und alle diese Berufe und Berufsarbeiten stehen in einer wirtschaftlichen und sozialen Atmosphäre, die noch ganz urwüchsig den Steppencharakter eines noch fast wilden unkultivierten Landes atmet. So nehmen alle diese scheinbar so selbstverständlichen und gleichgültigen Betätigungen einen vielfach grotesken, naturhaften, ganz wunderbar neuartigen Charakter an:

<sup>1)</sup> In dem als Band 3 der Vorwärts-Bibliothek (Preis geb. 1 Mk.) toeben erschienenen Buch befindet sich eine Einleitung von Paul Schreier, die wir mit Erlaubnis des Verlags Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. H. Berlin, abdrucken, da sie am besten den ausgezeichneten Inhalt des Buches charakterisiert. Das Buch ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig.

der Tausende von Automobilen geschwängert. An den großen Verkehrscentren, wo Polizisten stationiert sind, spielt sich der Verkehr ziemlich geregelt ab. Wo die Polizisten jedoch fehlen, sind die Automobilfahrer sehr rücksichtslos, und man ist nie sicher beim Kreuzen einer solchen Straße, über den Haufen gefahren zu werden. Auf der 6. Avenue wohnen bekanntlich die meisten der Millionäre, die von den „ordnenden“ Gewalten gehörig bewacht werden. So wurde dieser Tage ein Mann verhaftet, weil er sich vor solch einem Probenpalaste aufhielt und — ein Taschmesser bei sich hatte. Während im Harlemviertel, oft unter dem Schutze der Polizei, freche Ueberfälle und Räuberzügen sich vermehren.

Die Straßen werden natürlich auch ausgebessert. Aber wie. Ist reißt man völlig gute Strecken auf, während alte Löcher jahrelang ein Hemmnis des Verkehrs bilden. So beachtete ich vom Deutschen Hospital aus, wie man an der 77. Straße und Park Avenue ziemlich 100 Meter gutes Pflaster aufriß, während auf der gegenüberliegenden Lexington Avenue die Löcher seit langem vorhanden waren. Manche Straßen haben überhaupt noch kein Pflaster.

Und dann die Straßenreinigung. An Leuten fehlt es nicht. Nicht weniger als eine Armee von 6500 Leuten ist hiermit beschäftigt. Bei Schneefall sind es neben den privaten 8000. Und doch sind nur die Hauptstraßen so ziemlich rein, während die anderen aussehen, als seien sie seit langem nicht gefegt worden. Hier liegt ein großer Teil der Schuld auch mit am Publikum, weil man alles auf die Straße wirft, Holz, Zeitungen usw. Die öffentlichen Parks sind mit Zeitungen direkt überfüllt. Andererseits sind zuviel Aufsichtspersonen; auf drei Arbeiter fällt immer ein Aufsichtlicher. Läßt schon unter normalen Verhältnissen die Straßenreinigung zu wünschen übrig, so versagt sie bei Schneefall vollständig. Wochenlang liegt der Schnee auf den Straßen, inzwischen in eine graue schmutzige Masse verwandelt, eine gesundheitliche Gefahr für alle.

Die Vermeidung des Mülls geschah früher durch die Stadt selbst. Auf großen Booten brachte man das Müll auf die hohe See und versenkte es dann. Aber diese Beseitigung der Abfälle war eine sehr primitive, denn oftmals gingen die Abfälle nicht unter, sondern schwammen vergnügt auf der Oberfläche und statteten gelegentlich mal New York einen Besuch ab. So hat man vor einigen Jahren die Beseitigung des Mülls einer Gesellschaft übergeben, die es jetzt verbrennt. Dabei wurde die Stadt New York aber ganz gehörig übervorteilt. Laut Abkommen bezahlte die Stadt

1910 an die Gesellschaft 162 000 Dollar für die Müllbeseitigung, während die Gesellschaft einen Gewinn von mehr als eine Million Dollar aus dem Verkauf der Verbrennungsprodukte als Düngemittel erzielte.

Die Straßenreiniger erhalten 2 bis 3 Dollar pro Tag, Arbeitszeit 8 Stunden. Vierzehn Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Der Beruf ist jedoch ein sehr ungesunder, da die Reinigung trocken geschieht. Demgemäß ist Tuberkulose eine sehr verbreitete Krankheit unter diesen Arbeitern. Amtliche Berichte stellen fest, daß, wenn jemand fünf Jahre New Yorker Straßenreiniger ist, er gleichzeitig auch mit der Tuberkulose behaftet ist.

Die ganze Unzulänglichkeit des New Yorker Straßenreinigungs-Departements resultiert daher, daß an der Spitze nicht Fachleute, sondern Politiker stehen. Man fragt bei der Anstellung nicht nach Befähigung, sondern nach der politischen Ueberzeugung. Bei Wahlen werden die 6500 Arbeiter einfach zur Wahlurne kommandiert, um je nachdem demokratisch oder republikanisch zu wählen. Anderenfalls würden sie einfach ihre Stelle, ihren „Job“ verlieren.

Es wird eine lange Zeit dauern, bis auch das New Yorker Straßenreinigungsdepartement aufhören wird, eine Sinekure für Politiker zu bilden. Benigstens solange, bis in den New Yorker Stadtrat mehrere Sozialisten eingehen. Doch wie gesagt, damit hat es noch gute Weile, die New Yorker Arbeiterschaft interessiert sich zurzeit noch mehr für Baseball als für Anteilnahme an der städtischen Verwaltung.

## • Aus Politik und Volkswirtschaft •

### Genossenschaftswesen.

**Gewerkschaften und Konsumvereine.** Die allgemeine Statistik der freien Gewerkschaften gibt uns ein Bild vom kräftigen Wachstum der freien gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft. Am Schlusse des Jahres 1911 waren in den freien Gewerkschaften 2,4 Millionen Mitglieder organisiert. Gegenwärtig werden die 2½ Millionen wohl schon überschritten sein. Die Beitragsleistung der 2,4 Millionen Mitglieder belief sich auf 72 Millionen Mark, wovon 60 Millionen für die verschiedenen Zwecke wieder zur Ausgabe gelangten. Allein für Streikunterstützung wurden nicht weniger als 16,7 Millionen Mark ausgegeben. Das Vermögen der freien Gewerkschaften beläuft sich nunmehr auf 62,1 Millionen Mark. Die 17 Millionen Mark Streikunterstützung

es ist, wie wenn man in einem sonnendurchleuchteten Nebel wandert und nun in diesem Nebel Bäume, Häuser, Menschen ins Riesige und Unerwartliche vergrößert rings um sich her erlebt. Dieses Abenteuerliche wird noch verstärkt durch die Zusammenarbeit mit Proletariern der aller verschiedensten, vorhin schon genannten Länder, die sich, oft durch ganze Welten von verschiedenartigster Bildung, Lebensanschauung, Lebensansprüchen, Sprache und Gewohnheiten voneinander trennen, in diesem ihnen allen fremden Lande bei einer den meisten lieber fremden Arbeit unter fremden Herren als in gleicher Weise zusammenarbeiten: wie verschiedenartig das alles auf die verschiedenen Nationalitäten wirkt, wie merkwürdig das gegenwärtige Verhältnis sich zueinander gestaltet, hier zu Vertrauen, da zu Kameradschaft, dort zu Mißtrauen, Haß, staunlicher Gefolgschaft, Feud, Treulosigkeit, Vertraulichkeit führt, wie wunderbarlich gefährlich sich so das Zusammenleben entfaltet: draußen in den Pampas, unter den halbwildem Horden, auf der Landstraße, die zugleich der Eisenbahnstamm ist, in den paar Städten, auf See, in den Ranchos, unter den Wellblechdächern der einsamen Gehöfte, unter dem Zeltdach der Frauenbauer, zu Pferd und zu Fuß — das ist schließlich alles so neu, so anders, so groß, so abenteuerlich und wunderbar — welcher Proletariatsjunge wird alle diese Schilderungen nicht mit atemloser Spannung verfolgen? Ich erinnere z. B. an eine Streikverhandlung zwischen Kolisch und einem argentinischen Agrarier mitten in der Einsamkeit der Pampas: wie da, in immer erregter werdendem Wortwechsel, der Herr, hoch zu Ross sitzend, an der Revolvertasche vorwärts neigt, wie Kolisch in diesem Augenblick ganz nahe an ihn heranpringt, mit einem einzigen Messerschritt ihn von Revolver und Revolverfutteral befreit, die Waffe leerenruhig entladet und sie, nunmehr ungefährlich, dem Frechen mit einer höflich-höhnischen Verbeugung zurückgibt — was ist schon das allein für eine ganz hinreißende Szene! Ich erinnere an den anderen Streik in den Sümpfen, wo alle Minuten die Meeresflut die mühsam errichteten Dämme niederzuspülen droht; an die Nacht, wo, mitten in der ununterbrochenen Einsamkeit, Füchse und Wölfe dem Schlafenden seinen letzten Mundvorrat von seiner Seite stehlen; an die Lebensgefahr während der Wanderung durch die gluthitze Steppe; an die nacht-

lichen Einbrüche der Halbverhungerten auf dem Ochsenschiff — das sind Abenteuer, bei deren Lesen jedem gedungen Jungen das Herz hoch im Leibe hüpfet, und sind zugleich wahre Erlebnisse, herausgeboren aus Proletariatsnot und Proletariatskampf, und darum noch zehnmal fesselnder und zugleich von ganz anderer, sittlich erzieherischer Bedeutung, als was die eigentlichen Indianerabenteuer zu bieten imstande sind.

Das Allerwertvollste aber an dem Buche ist, daß alle diese Schilderungen ein überzeugter und klar denkender Sozialdemokrat geschrieben; daß alle Erlebnisse, die Kolisch treffen, von ihm als von einem furchtlosen Sozialisten erlebt werden. Ueberall, und doch ohne jede lebhafteste Aufdringlichkeit, meist ohne daß man überhaupt eigentlich die Absicht merkt, ist der Maßstab kritisch-sozialistischer Denkers und Empfindens an alle Ereignisse gelegt: und also wird ganz unauffällig, ganz selbstverständlich das ganze Buch zu einer überaus überzeugenden und packenden Jugenderziehung zum Sozialismus. Ja, Kolisch selbst wächst in seinen eigenen Schilderungen deutlich, ohne es selbst eigentlich zu wissen, vor den Augen der jugendlichen Leser zu einem fast ideal empfundenen Vorbild eines kampfstrohen, nackten, furchtlosen, unbeugsamen sozialistischen Kämpfers empor: ich habe das Gefühl, als müßte der halbverwachsene Proletariatsjüngling beim Lesen dieses Buches immer entschlossener sich zu dem Voratz durchringen: so wie der, so will ich auch sein, so gleichbewußt, so ehrlich und treu gegenüber der heiligen Sache des Proletariats!

So gehe denn dieses eigenartige Büchlein seinen Weg zu unserer heranreifenden deutschen Proletariatsjugend. Wenn aber ein Alter es in seine Hände bekommen und es durchblättert wird, so wird auch er wieder jung werden beim Lesen und von seinem Inhalt nicht weniger gefesselt und hingerissen sein wie nur ein Junger. Und das wird dann der allerbeste Beweis für die Tüchtigkeit dieser Schrift sein. Denn ein Jugendbuch ist bekanntlich stets nur dann etwas wert, wenn es die Alten ebenso gern lesen wie die Jungen.

Paul Göhr.

bedeuten gewiß eine ganz hervorragende Leistung der freien Gewerkschaften. Sie waren nötig, um die Lebenshaltung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft zu heben oder zu erhalten. Allein rechten Inhalt bekommen diese gewaltigen Leistungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erst dann, wenn mit diesen Leistungen Bestrebungen Hand in Hand gehen, die erzwungenen Verbesserungen durch Stabilisierung der gesamten Lebensverhältnisse sicherzustellen. Die Bestrebungen der Gewerkschaften richten sich ihrer Natur nach auf die Erhöhung und Erhaltung des Nominallohnes. Mehr als eine Seite des Wirtschaftslebens ist aber darauf eingestellt, dem Nominallohn seine Kaufkraft zu nehmen. Es müssen deshalb neben den gewerkschaftlichen Bestrebungen solche einberufen, die dem oftmals unter den heftigsten Kämpfen errungenen Nominallohn seine reale Kaufkraft sichern, besser noch, sie erhöhen. Die gegebenen Organisationen zur Sicherung und Werbung des Reallohnes sind unsere Konsumvereine. Sollen die Vorteile der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch die jedem fühlbaren Preissteigerungen nicht wieder illusorisch gemacht werden, so muß durch die Konsumvereine eine vernunftgemäße Regulierung vor allen Dingen der Lebensmittelpreise erfolgen. Deshalb ist die Organisierung der 2½ Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter in der Konsumgenossenschaftsbewegung eine dringende Notwendigkeit. Ein Blick auf den Unterschied in den Mitgliederzahlen lehrt, daß die gut 1,8 Millionen im Zentralverein deutscher Konsumvereine organisierten Haushalte noch eine kräftige Steigerung erfahren können und müssen, bevor neben den gewaltigen gewerkschaftlichen Organisationen die Konsumgenossenschaft als wirtschaftlich gleichbedeutend einhergehen kann. Die Erhöhung und Sicherung des Reallohnes durch die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter ist nicht der einzige Vorteil, den die Gewerkschaften davon haben, daß ihre Mitglieder sich auch genossenschaftlich organisieren. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen besitzen heute schon eigene Produktivbetriebe von zum Teil gewaltiger Ausdehnung. Der direkte Einfluß der organisierten Konsumisten auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Eigenproduktion geht Hand in Hand mit dem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Niemand vermag zu bestreiten, daß auch schon heute die Arbeitsverhältnisse großer Teile der privatkapitalistischen Produktion, sofern sie für den genossenschaftlichen Bedarf arbeiten, der Kontrolle der genossenschaftlichen Organisation unterliegt. Die organisierten Konsumisten besitzen im Verein mit den gewerkschaftlichen Organisationen schon heute weitreichende Machtmittel, um gute Arbeitsbedingungen dort zu erzielen, unter Umständen auch zu erzwingen, wenn sie freiwillig nicht gewährt werden. Der Gesamtumsatz von einer halben Milliarde Mark, über den die Konsumvereine, soweit sie im Zentralverbande deutscher Konsumvereine organisiert sind, im Jahre 1911 verfügten, bedeutet ein Stück wirtschaftlicher Macht, das gerade bei der Festhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Herstellung dieser gewaltigen Menge von Lebensgütern in die Waagschale geworfen werden kann. Je inniger die Verbindung zwischen Konsumisten- und gewerkschaftlicher Organisation zur Heranziehung neuer Glieder ist, je größer werden die Erfolge sein, wenn es sich darum handelt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne vernünftiger Aufwärtsentwicklung zu beeinflussen. Diese Wahrheit haben auch verschiedene Gewerkschaftskongresse und die Generalversammlungen einer großen Zahl von Gewerkschaften ein, als sie Beschlüsse faßten, die den gewerkschaftlichen Organisationen die Förderung der genossenschaftlichen Organisation empfehlen. Wenn von diesen Beschlüssen überall der rechte Gebrauch gemacht wird, wenn die Gewerkschaften ihrerseits alles tun, um den Konsumgenossenschaften die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Mitglieder zuzuführen, so werden beide Teile eminenten Nutzen daraus ziehen. Die nützliche wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumvereine liegt so klar zutage, daß es in vielen Fällen keiner besonderen Mühe bedürfen wird, um die noch abseits Stehenden über diese wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine aufzuklären. Eine richtig eingeleitete Agitation, unterstützt und getragen von beiden Organisationen, wird hier ganz gewiß große Erfolge zeigen.

• **Wasserbauarbeiter** •

Plattling. Im „Gasthaus zum Passauerhof“ lagte am 25. August eine gut besuchte Versammlung der Wasserbauarbeiter. Die Ursache hierzu bildete die verschiedenartige Lohnaufbesserung seitens des Bauamtes Deggendorf. Kollege Weigl-Augsburg zeigte in längeren Ausführungen den Versammelten, wie sich die wirtschaftliche Lage der haattlichen Arbeiter immer mehr verschlechterte. Die Teuerung ist allgemein und unerhört in den Vordergrund getreten. Ein Ausgleich durch Lohnaufbesserung ist im großen ganzen für die haattlichen Arbeiter nicht geschaffen worden. Am wenigsten seien aber von diesen Arbeitern wieder die Wasserbauarbeiter berücksichtigt. Jahre hindurch mußten diese Kollegen zwischen, wie sich ihre Lebensbedürfnisse verteuerten, ohne daß sie seitens des bayerischen Landtages besondere Zugeständnisse an Lohnerhöhung erhalten hätten. Solange die Kollegen hinsichtlich uneinig sind, ist der lachende Dritte immer noch der Arbeitgeber.

Deshalb müssen die Kollegen für den Zusammenschluß aller Wasserbauarbeiter in unserem Verbands wirken. Kollege Weigl erörterte dann die jetzt erfolgte Lohnerhöhung und bedauerte, daß man in Plattling so verschiedenartig mit der Aufbesserung vorgegangen sei. 30, 20 und 10 Pf. pro Tag sei bei der heutigen Zeit eine derartige Ungerechtigkeit, daß dieses öffentlich ausgesprochen werden muß. Wer für diese Tat verantwortlich gemacht wird, hat keine besonderen Vorbeeren verdient. Hätte man gerecht und einheitlich vorgehen wollen, dann hätte die Lohnerhöhung von täglich 30 Pf. für alle Arbeiter erfolgen müssen. In Deggendorf sei dies bei der großen Mehrzahl geschehen. Verwundern muß dieses Vorgehen, wenn man in ein und demselben Bauamt so verschiedenartig aufbessert. Kollege Weigl empfahl den Anwesenden, mit aller Energie an das Bauamt Deggendorf heranzutreten, um auch für die Kollegen in Plattling eine einheitliche Lohnaufbesserung zu erwirken. Das sei schon deshalb notwendig, da in Plattling eine ganze Anzahl Arbeiter überhaupt keine Lohnaufbesserung erhalten hat. Die Versammelten waren demit einverstanden, daß die Bauleitung alles anbietet, um die Lohnerhöhung einheitlich zur Durchführung zu bringen. Mehrere Neuaufnahmen bildeten den Schluß der Versammlung. Alle Kollegen waren erfreut, daß sich auch in Plattling wieder etwas regeres Leben in der gewerkschaftlichen Bewegung zeigt.

Den Tod in der Nar fand am 26. August der 20jährige Wasserbauarbeiter Franz Aislinger von Ismaning. Das noch junge Menschenleben, die alleinige Stütze seiner alten Mutter, hatte sich dem Tode des Ertrinkens gerettet werden können, wenn der Mann mit Nudern verleben und Rettungsgürtel an der Wauffelle gewesen wären. Denn mit einem Mann ohne Nudern ist nichts anzufangen, und die Rettungsgürtel auf dem Dackboden aufzuhaben, wie dies hier der Fall war, muß als eine grobe Nachlässigkeit der aufsichtführenden Beamten des Flußbauamtes angesehen werden. Der Verunglückte ist hinführend noch zirka 150 Meter weit geschwommen; er verschwand vor den Augen seiner Mitsollegen, welche nicht helfend eingreifen konnten, da die notwendigen Rettungsgegenstände eben fehlten. Hoffentlich wird die zuständige Behörde zur Rechenschaft gezogen, denn die Arbeiter sind doch auch noch Menschen. Das Flußbauamt hat für die notwendigen Rettungsgegenstände an den Baustellen und deren brauchbaren Zustand zu sorgen, wenn nicht weitere Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden sollen.

• **Notizen für Gasarbeiter** •

Aachen. Des öfteren ist schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß gerade durch die Gasproduktion ungeheure Gewinne erzielt werden. Das hat sich auch jetzt wieder in Aachen bei der Uebernahme der Gasanlage in städtische Regie gezeigt. Die Gasanlage der Stadt Aachen wurde im Jahre 1888 von der englischen Gesellschaft J. C. G. & Co. errichtet. Seit dieser Zeit erfolgt die Gasversorgung der Stadt durch diese Firma. Der Vertrag wurde einmal in den sechziger Jahren und einmal im Jahre 1888 erneuert und hatte Gültigkeit bis zum 30. Juni dieses Jahres, wurde aber von der Stadt bereits 1908 gekündigt. Die geleistete Abgabe an die Stadt war im Haushaltsplan 1911 mit 192 000 Mk. eingestellt. Nach dem Vertrag zahlte die Gesellschaft an die Stadt vom Privatgasverbrauch eine Abgabe pro Kubikmeter von 2 Pf. für Leuchtgas, von 1½ Pf. für Automaten gas und von 1 Pf. für Heizgas, ferner liefert sie Gas für die öffentliche Beleuchtung zum Preise von 4,95 Pfennig pro Kubikmeter. Die Gesellschaft hatte sich erboten, den Vertrag auf 30 Jahre zu verlängern und von der Privatgasabgabe 8 Pf. anstatt 2 Pf. an die Stadt abzuführen. Beim Automaten- und Heizgas sollte der bisherige Betrag bestehen bleiben. Ferner wollte die Gesellschaft für das zur öffentlichen Beleuchtung gebrauchte Gas eine Prämie von 5,825 Pf. pro Kubikmeter gemähren sowie bei Abschluß des Vertrages eine einmalige Zahlung von einer Million Mark leisten. Nachdem aber keine Aussicht auf Annahme dieses Angebots vorhanden war, erhöhte die Gesellschaft daselbstes dahin, daß sie noch jährlich 100 000 Mk. an die Stadt zahlen und nach Ablauf des Vertrages die Gasanlage unentgeltlich an die Stadt abtreten wollte, einschließlich aller Erweiterungen bis auf diejenigen der letzten fünf Vertragsjahre. Trotz dieses Angebots beschloffen die Stadtverordneten im August v. J. mit 18 gegen 15 Stimmen mit der Zustimmung des Oberbürgermeisters die Gasanlage in eigene Regie zu übernehmen, was am 1. Juli d. J. auch erfolgte. Die richtigen Gewinne werden nun nicht mehr den Privatunternehmern, sondern der Stadt zugute kommen. Obwohl wir nur als organisierte Arbeiter von jeder dafür eingetreten sind, daß alle Unternehmen, welche ein Gemeinwesen bedarf, in eigener Regie ausgeführt werden sollen, sah doch der größte Teil der Kollegen dem Wechsel im Arbeitgeber mit Sorge entgegen. Ständen doch die Gasarbeiter weit höher im Lohne als die haattlichen Arbeiter. Auch jetzt bleibt in den städtischen Betrieben in bezug auf soziale Einrichtungen noch sehr viel zu wünschen übrig. Der beherrschende Ausschluß wurde deshalb, nachdem die Gasanlage in städtischen Besitz übernommen war, gleich bei der neuen Direktion vorstellig. Hier wurde vorerst erwirkt, daß die bestehenden Lohn- und Arbeits-



Verhältnisse die gleichen bleiben sollen. Der Arbeiterausschuss wurde "erlaubt" anerkannt. In den anderen städtischen Betrieben gibt es überhaupt keine Arbeiterausschüsse. Es wird nun abzuwarten sein, wie sich das Arbeitsverhältnis in Zukunft gestalten wird. Auf alle Fälle werden die Gasarbeiter sich noch besser organisieren und es ist dies jetzt der Fall ist, vor allem trifft dies auf den Augen-Service zu; damit sie jeder Eventualität gegenüber gewappnet sind. Aber auch den Arbeitern der übrigen städtischen Betriebe muß gesagt werden, daß sie sich, da sie nunmehr auch die Gasarbeiter als Vorbild nehmen, als das bisher geschehen ist. Es wird nun auch unsere Kollegen im Lande interessieren, wie die J. G. G. M. ihre bisherigen Forderungen abgehandelt hat. Die Meister und Arbeiter, welche am 20. Juni d. J. das 65. Lebensjahr erreicht haben und 30 Jahre im Dienste der Gesellschaft standen, erhalten  $\frac{1}{100}$  ihres zuletzt bezogenen Wochenlohnes für jedes Dienstjahr als widerrufliche wöchentliche Pension. Meister und Arbeiter, welche noch keine 30 Jahre im Dienste und noch keine 65 Jahre alt sind, erhalten eine Pension auf gleicher Grundlage, jedoch mit einem Abzug von  $\frac{1}{100}$  für jede Periode von 3 Dienstjahren unter 30jähriger Dienstzeit und ferner von  $\frac{1}{100}$  für jede Periode von 5 Jahren unter einem Alter von 30 Jahren. Eine nennenswerte Abfindung erhielten alle die Arbeiter, welche mindestens eine 10jährige Dienstzeit bei der Gesellschaft zu verzeichnen hatten. Hierbei wurden 9 1/2 Jahre für 10 Jahre angerechnet. Die Abfindung betrug bei einer 20 bis 24jährigen Dienstzeit für jedes Dienstjahr den Lohn von 4 Wochen. Bei 15 bis 19 Dienstjahren für jedes Dienstjahr den Lohn von 2 Wochen; bei 10 bis 14 Dienstjahren für jedes Dienstjahr den Lohn von einer Woche. Die Arbeiter mit einer Dienstzeit bis zu 4 1/2 Jahren haben 100 Mk. und die mit einer Dienstzeit bis zu 9 1/2 Dienstjahren haben 200 Mk. erhalten. Es sind Arbeiter vorhanden, die 2100, 2700 und 3000 mehr Mark als einmalige Abfindung erhalten haben. Wichtiges waren sich die Stadtverwaltungen zum Vorbild nehmen, hauptsächlich die Stadtverwaltungen, die ihre Gasanstalten zugunsten des Krankenhauses stilllegen und ihre bisherigen Arbeiter ohne jede Entschädigung abzugeben gedenken, ja, sie noch an die Gedenke verweigern wollen; damit man sie nur möglichst schnell los wird. Die Arbeiter in Baden werden sich auch mit den neuen Verhältnissen abfinden und versuchen nach wie vor, gemeinschaftlich mit den anderen städtischen Arbeitern, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erstreben. An Arbeit auf diesem Gebiet wird es in Zukunft nicht fehlen. Vor allem muß sich die Stadtverwaltung ein einmal bequemes, das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter anerkennen. Das zu erzielen wird unsere erste Aufgabe sein.

**Landshut.** Wer das eigenartige Vorgehen der Gaswerks-Direktion seit einiger Zeit beobachtet, kann zu der bedauerlichen Beobachtung kommen, daß die vorjährige Lohnbewegung immer noch nicht ganz verräumt ist. Mit es doch unverständlich, daß gerade jetzt, wo überall in allen Gaswerken die Einstellung der Arbeiter beginnt, in Landshut Arbeiter entlassen werden, und zwar wegen Arbeitsmangels. Erst unlängst mußte wieder ein geschulter Arbeiter daran glauben. Er war bisher beschäftigt und hatte an den Sonntagen die Ablösung der Feizer zu besorgen. Dem Mann wurde unter Angabe des oben gesagten Grundes gekündigt. Doch gerade nach dessen Entlassung wählte sich die Gasdirektion an das Erdbauamt, um von dort ausbilde Arbeiter zu erhalten. Leute vom Bauamt erschienen auch, und wie erjauht waren sie, als ihnen statt des bisherigen Lohnes des Stadtbauamtes von 200 Mk. nunmehr 2 Mk. pro Tag bezahlt werden sollte. Dies lehnten die Arbeiter ab, und so kamen sie wieder an ihre frühere Arbeitsstelle an das Bauamt zurück, wo ihnen der frühere Lohn wieder weiterbezahlt wurde. Bei dem Ablösen der Feizer an den Sonntagen hatte die Direktion das gleiche Pech. Die Bauamtsarbeiter lehnten es ab, dort als fünftes Rad am Wagen einzufügen. Sie waren sich ehrlich genug zu sagen, die Direktoren solle ihre alten geschulter Arbeiter auf diesen Posten setzen. Witten unter tags verließen einige die Arbeit, und so kam es, daß ein paar mal ein Ablöser nicht mehr vorhanden war. Die übrigen Feizer mußten daher schuften, bis wenigstens ein anderer Feizer wieder herbeigeht war. Dadurch werden die Leistungen der Feizer wesentlich höhere, und die freie Zeit des einzelnen wird arg beschränkt. Ein weiterer Mißstand tritt in der Ablösung auch dadurch zutage, daß der jeweilige Ablösefeizer nicht den ihm zustehenden Lohn der übrigen Feizer erhält. Alles Vorgehen, dieses zu erreichen, hatte bisher einen negativen Erfolg. Noch beschwerlicher wird die Arbeitsleistung der Feizer durch das Abladen der Kohlen. Trotzdem die Gelegenheit gegeben ist, die Kohle möglichst nah an die Retorten heranzubringen, werden dieselben immer weiter zurück abgeladen, so daß die Feizer insbesondere an den Sonntagen gequält sind, Kohlen herbeizufahren. Und so geht es schon eine geraume Zeit fort. Ein Beweis, daß Arbeiter genug Beschäftigung hätten und deshalb von einer Ausbildung nicht abgesehen werden könnte. Aber nach Lage der Dinge will man nur das eine durch erreichen, Arbeiter vom Feizeramt im Landshut auszuschließen, damit, falls der Mann in die Arbeit geht, nicht aus der Reserve herangezogen werden können. Die Feizer verlangen aber nichts als eine ordentliche Pension und eine richtige Vergütung für ihre jährliche Altersversorgung. Es ist daher

erfreulich, daß sich auch die Stadtbauamtsarbeiter nicht als Lohnbrüder herablassen und somit ihren Kollegen im Gaswerke nicht in den Rücken fallen. Der Direktion des Gaswerkes sei aber hier an dieser Stelle offen gesagt, sie solle den Vogen nicht allzu straff spannen, denn er könnte einmal reißen. Die Landshuter Arbeiterschaft hat durch ihr jetziges Verhalten gezeigt, daß sie kein Verständnis hierfür besitzt, als Lohnbrüder ihrer Arbeitskollegen zu fungieren. Der Direktion aber würde es zur besseren Ehre gereichen, einmal für eine bessere Behandlung und für würdigere Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Denn nur so kann ein zufriedenes Personal geschaffen und erhalten bleiben. Die Stadt wird dabei gemäß nicht schlechter fahren. Die städtischen Arbeiter aber werden gut tun, sich ihrer zuständigen Organisation anzuschließen.

**Aus unserer Bewegung**

**Bahrenth.** In der Mitgliederversammlung vom 31. August widmete der Vorsitzende den beiden verstorbenen Kollegen Schneider (Gasarbeiter) und Walter (Straßenreiniger) einen warmen Nachruf. Kollege Ehret referierte alsdann über: „Auf welcher Grundlage ruhen unsere Erfolge.“ Der Referent erntete reichen Beifall.

**Berlin.** In der Generalversammlung vom 25. Juli gab Kollege Hoffmann den Kassenbericht für das 2. Quartal. Die Hauptkasse balancierte mit 41902,05 Mk. Darunter an die Zentralkasse abgeführt 20131,02 Mk. Die Lokalkasse nahm 25914,98 Mk. ein und gab aus 20627,44 Mk. Am Ende des 2. Quartals verblieb einschließlich des früheren Bestandes von 61585,02 Mk. ein Kassenbestand von 66873,16 Mk., mithin ein Zuwachs von 5287,14 Mk. Der Mitgliederbestand ist: 9088 männliche, 334 weibliche und 118 jugendliche, zusammen 9538 Mitglieder. Auf Antrag Krumm wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Alsdann gibt Buchh Bericht vom Verbandstage. Die Hauptfragen behandelt, schließt Redner mit dem Wunsche, bezüglich der Verbandstagebeschlüsse, speziell der Beitragserhöhung, für deren Durchführung zu sorgen. Redner berichtet über die Vorstandswahl. Die sich hieran anschließende Diskussion wurde in den Versammlungen am 9. und 23. August fortgesetzt. Mit der Neuregelung der Beiträge sind die Redner in der Mehrheit nunmehr einverstanden. Die Diskussion bewegt sich in der Hauptsache um die Wahl des Vorsitzenden. Die Wahl der Beisitzer für den Verbandsvorstand ergab das bereits in Nr. 35 der „Gew.“ veröffentlichte Resultat. Daraus be sprach Kollege Hoffmann die Neuregelung der Filialunterstützungseinrichtungen. Beschlossen worden ist:

Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder beträgt inkl. Ortszuschlag:  
 Bei einem Wochenverdienst bis inkl. 21 Mk. 60 Pf. (bisher 45 Pf.)  
 über 21 Mk. . . . 60 ( „ 50 )  
 Für weibliche und jugendliche Mitglieder . 25 (wie bisher)  
 pensionierte und invalide Mitglieder . 15 ( „ „ )

Die Erwerblosenunterstützung wird geregelt:  
 Klasse I, Beitrag 60 Pf.  
 Krankenunterstützung:  
 nach 52 Beitragswochen . 7,50 Mk. auf 8 Wochen  
 „ 156 „ . . . 7,50 „ „ 9 „  
 „ 260 „ . . . 7,50 „ „ 10 „  
 „ 416 „ . . . 7,50 „ „ 11 „  
 „ 520 „ . . . 7,50 „ „ 12 „  
 (bisher 50 Pf. Beitrag, 6 Mk. Unterstützung).

Arbeitslosen-Unterstützung:  
 nach 52 Beitragswochen . 10,50 Mk. auf 8 Wochen  
 „ 146 „ . . . 10,50 „ „ 9 „  
 „ 280 „ . . . 10,50 „ „ 10 „  
 „ 416 „ . . . 10,50 „ „ 11 „  
 „ 520 „ . . . 10,50 „ „ 12 „  
 (bisher 50 Pf. Beitrag, 9 Mk. Unterstützung).

Klasse II, Beitrag 50 Pf.  
 Kranken-Unterstützung:  
 nach 52 Beitragswochen 6 Mk. auf 8 Wochen  
 „ 156 „ . . . 6 „ „ 9 „  
 „ 260 „ . . . 6 „ „ 10 „  
 „ 416 „ . . . 6 „ „ 11 „  
 „ 520 „ . . . 6 „ „ 12 „  
 (bisher 45 Pf. Beitrag, 4 resp. 6 Mk. Unterstützung).

Arbeitslosen-Unterstützung:  
 nach 52 Beitragswochen 9 Mk. auf 8 Wochen  
 „ 156 „ . . . 9 „ „ 9 „  
 „ 260 „ . . . 9 „ „ 10 „  
 „ 416 „ . . . 9 „ „ 11 „  
 „ 520 „ . . . 9 „ „ 12 „  
 (bisher 45 Pf. Beitrag, 7 resp. 9 Mk. Unterstützung).

Die Erwerblosenunterstützung beträgt nach 52 Beitragswochen 3 Mk. auf 1 Woche und steigt nach 520 Beitragswochen bis zu 8 Wochen.

Bei den übrigen Unterstützungseinrichtungen finden keine Änderungen statt. Die Erhebung der erhöhten Beiträge erfolgt mit dem 1. Oktober 1912. Der Bezug nach dem neuen Unterstützungsreglement erfolgt nach Leistung von 36 erhöhten Beiträgen. — Zum Schluß weist W u k f y auf das Erscheinen des Protokolls vom Verbandstag hin, welches im Ortsbureau zum Preise von 20 Pf. zu haben ist. Die Wiedereröffnung der Bibliothek erfolgt am 6. September.

**Berlin.** Die Straßenreiniger hielten am 28. August eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher Kollege W u k f y über unsere Forderungen sprach. Er bezeichnete die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in unserer heutigen Zeit als eine Notwendigkeit und betonte, daß der Tarifvertrag ein Nachvertrag sein soll; der Arbeiter soll dem Unternehmer, ganz gleich ob es sich um einen Privatunternehmer oder die Gemeinde handelt, als gleichberechtigter Montarbeit gegenüberstehen. Der teilweisen willkürlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse könne nur durch einen Vertrag ein Ende gemacht werden. Die bestehenden Arbeiterausschüsse genügen für diesen Zweck durchaus nicht; sie führen gewissermaßen nur ein Scheindasein, denn Beschlüsse können in den Sitzungen nicht gefaßt werden. Vor allen Dingen aber bedeutet der Abschluß eines Tarifvertrages die Anerkennung der Organisation, um die so lange vergeblich gekämpft worden ist. Der Referent ging dann auf die Einzelheiten des Tarifes ein. Die Lohnforderungen sind in bescheidenen Grenzen gehalten und gehen durchaus nicht über das Maß des Erreichbaren hinaus. In der Diskussion sprachen sich alle Redner zustimmend zu dem Vorgelegenen aus, und die Versammlung bezeugte durch einstimmige Annahme der Vorschläge ihr Einverständnis. Am Schluß der Versammlung mahnte der Versammlungsleiter, Kollege M i e l, mit eindringlichen Worten die Erschienenen, jeder an seinem Teil an der Stärkung der Organisation mitzuarbeiten. Besonders wies er die Vertrauensleute darauf hin, daß sie gerade jetzt, wo infolge der Beitragserhöhung bei verschiedenen Mitgliedern eine Vertilgung eingetreten ist, durch vermehrte Arbeit und Agitation zeigen müßten, daß sie des Wortes „Vertrauensmann“ würdig sind.

**Gemüny.** In der Mitgliederversammlung vom 17. August gab der Kassierer den Kassierbericht vom 2. Quartal. Die Einnahme inkl. Bestand betrug 5193,84 Mk., die Ausgabe 3198,48 Mk., bleibt in der Filiale ein Bestand von 1995,36 Mk. An Unterstützung wurden gezahlt auf Rechnung der Hauptkasse: 210 Mk. Sterbegeld, 729 Mk. Kranken- und 21 Mk. Arbeitslosenunterstützung, zusammen 960 Mk. Auf Rechnung der Filiale wurden 122,67 Mk. Kranken- und 5 Mk. Arbeitslosenunterstützung verabfolgt. Im 2. Quartal 1912 sind 7331 Vertragsmarken errichtet worden, das entspricht 564 vollzahlenden Mitgliedern. Wuchsmäßige Mitglieder waren am Ende des Quartals 621, darunter 22 weibliche, zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Ferner wurden dem „Verein zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht“ 20 Mk. überwiesen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, die Versammlungen für die Einreichung der Lohnforderung recht zahlreich zu besuchen, damit wir einen guten Erfolg zu verzeichnen haben.

**Frankfurt a. M.** In der gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 25. August referierte Kollege M a r o t e über: „Fünf Jahre Kampf der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M.“ Der Referent gab in kurzen Zügen einen Überblick der Bewegung der letzten fünf Jahre. Durch Lohnbewegungen und Eingaben sind zwar wesentliche Verbesserungen erreicht worden, welche jedoch durch die Eruerung der letzten Jahre illusorisch gemacht wurden. Die Mitgliederzahl ist von 386 auf 1472 gestiegen; die meisten Entritte hat das Jahr 1910 zu verzeichnen, was größtenteils auf die Organisierung der Gasarbeiter zurückzuführen ist und die Erfolge, welche die Gasarbeiter in der kurzen Zeit errungen, zeigen, was durch eine geschlossene Organisation erreicht werden kann. Kollege M a r o t e weist dann noch auf die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter hin, zu welcher bereits in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen wurde, und ersucht die Anwesenden, nicht zu ruhen, bis auch der letzte Kollege von den gewaltigen Meiwern, welche auch hier noch vorhanden sind, herangeholt ist. Mit dem mit Beifall aufgenommenen Referat hat sich unser Gauleiter M a r o t e von der hiesigen Filiale verabschiedet. Kollege S c h n e i d e r erstattete ihm den Dank der Filiale und heißt den neuen Gauleiter, Kollegen P e h o l d, willkommen.

**Kolberg.** Am 22., 23. und 24. August fanden für die einzelnen Betriebe Agitationsversammlungen statt. Leider muß konstatiert werden, daß unter den städtischen Arbeitern Gleichgültigkeit in wirtschaftlichen Fragen eingetreten ist. Bevor die nicht befristet ist, wird es nicht besser werden. Jeder schimpft über die teuren Verhältnisse, sich aber aufzuraffen und mitzuarbeiten, fällt der Mehrzahl nicht ein. Gerade Kolberg als Luxusbad weist Preise für Lebensmittel auf, die unerträglich sind. Die Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen auf einem so niedrigen Niveau, daß es ganz unmöglich ist, auch nur das nackte Leben damit fristen zu können. Eine Änderung wird nur dann eintreten, wenn die Kollegen und Kolleginnen den Wert der Organisation schätzen und kennen gelernt haben.

**Stettin.** In der Zeit vom 18. bis 20. August fanden für die Kranführer, den Freihafen, Straßenreinigung, Friedhöfe, Park-

verwaltung, Gas- und Wasserwerke, Bauhof, Kanalisation, Straßen- und Wegebau Betriebsversammlungen statt. In allen referierte der Kollege S t r u n k - Berlin über: „Brauchen wir eine wirtschaftliche Interessenvertretung?“ Die Versammlungen selbst waren durchgängig gut besucht, wenn auch in den einzelnen Ressorts noch manches zu wünschen übrig bleibt. Wir hoffen, daß im Laufe der Zeit es auch in diesen Betrieben rüstig vorwärts geht. Eine am 21. August stattgefundene Sitzung der Arbeiterausschussmitglieder nahm einen Vortrag des Gauleiters über: „Der Arbeiterausschuss und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft“ entgegen. In der am 25. August tagenden Mitgliederversammlung hielt Kollege S t r u n k einen Vortrag über: „Soziale Wohltaten und städtische Arbeiter.“ Auch eine Anzahl Frauen unserer Kollegen hatten sich dazu eingefunden. Ein Zeichen, daß auch hier die Organisationsarbeit immer mehr gewürdigt wird. Wenn auch unsere Bewegung sich ganz leidlich entwickelt hat, so wird es weiter unsere Aufgabe sein, auch dort einzudringen, wo noch Saumlässigkeit und Nachlässigkeit herrscht.

### ♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Zur Frage der Betriebsorganisation gibt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission unsere Auffassung aus Nr. 34 der „Gew.“ wieder und bemerkt dazu:

„Die Redaktion des Gemeindearbeiterorgans läßt sich natürlich die Zielsetzung der vom Fabrikarbeiterverbände aufgeworfenen Streitfrage nicht entgehen. Glaubt sie doch, daß auch der von ihr vertretene Verband bei einer solchen Neuregelung der Organisationsverhältnisse zu seinem vermeintlichen Rechte kommen werde. Sie überieht dabei nur in ihrem Eifer, daß das vom Gemeindearbeiterverband vertretene Organisationsprinzip sich durchaus nicht mit dem vom Fabrikarbeiterverband neuerdings vertretenen Begriff der Betriebsorganisation deckt, sondern noch ganz etwas anderes verlangt. Während der Fabrikarbeiterverband alle im Betriebe gewisser Industrien beschäftigten Arbeiter einschließlich der Betriebsfremden beansprucht, will der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband alle in Gemeinde- und Staatsregie beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf Betriebszusammenhänge, Berufs- oder Beschäftigungsart organisieren. Wenn die Aktiengesellschaft Krupp neben ihren Säulen, Walz-, Eisenbahnmaterial-, Waffen- und Maschinenfabriken auch eigene Vergewerte, Steinbrüche, Schiffreedereien, Eisenbahnen, Ziegeleien, Tongruben, Waddraderei, Malereibetriebe, Pausbetriebe, Fischereien, Teer- und Ammoniumsulfidfabriken usw. unterhält, so wird es keinem Verbandsbeisitzenden, alle diese Arbeiter der verschiedensten Kruppischen Werkstätten für sich allein beanspruchend zu wollen. Der Gemeindearbeiterverband allein vertritt das Prinzip, daß die Arbeiter aller Regiebetriebe von Reich, Staat und Gemeinde in einer einzigen Organisation zusammengefaßt werden müßten. Er vertritt also nicht den Standpunkt der Betriebsorganisation, sondern den einer Regieorganisation. Dieser Standpunkt fände ein Analogon, wenn man für alle in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter die gleiche Organisation fordern würde, und es wäre nur noch ein weiterer konsequenter Schritt auf diesem Wege, wenn angeht die Kapitalistischen Zusammenhänge unserer modernen industriellen Entwicklung die Arbeiter aller derjenigen Unternehmungen in Bergbau, Industrie, Handel und Verkehr, Landwirtschaft usw., die von den gleichen Kapitalisten finanziert und geleitet werden, auch der gleichen Organisation zugeführt würden. Das wäre die Konsequenz der Regieorganisation. Für unsere Gewerkschaftsbewegung würde das aber schwerlich einen Fortschritt bedeuten, sondern nur zu einer ganz heillosen Desorganisation führen. Und damit hat es hoffentlich noch recht lange seine guten Wege.“ — Dazu wäre nur zu sagen, daß wiederholt von uns ausführlich dargelegt und auch von einzelnen Rednern auf unseren Verbandstagen betont worden ist: Wir können und wollen kein Schema aufstellen, das absolut für alle Verbände Geltung haben muß. Wir sind im gewissen Sinne ein Verband für die städtischen Industriearbeiter und verlangen dieselben Rechte wie andere Industriearbeiterorganisationen. Wir wissen übrigens nicht, ob der Metallarbeiterverband eines Tages auf Krupp's „verschiedenste Werkstätten“ verzichten wird, wenn es ihm einmal gelungen ist, erfolgreich in diese Betriebe einzudringen. Wahrscheinlich erleben wir sogar noch die Entwicklung. Jedenfalls wäre es für die beteiligten Arbeiter tausendmal besser als die „freie Betätigung“ von circa 40-50 Gewerkschaften gleicher Richtung, die alle bislang nichts Rechtes fertubrachten bei Krupp! Was nun die Genossenschaftsbetriebe anbelangt, so sind sie einstweilen im Verhältnis zu selten, um die eigene Organisation ohne weiteres zu rechtfertigen. Was aber später wird, wollen wir abwarten. Ganz verfehlt erscheint uns endlich das Gegenargument von den Unternehmungen „die von den gleichen Kapitalgruppen finanziert und geleitet werden“. Erstens werden diese Betriebe in der Regel nicht von den Kapitalgruppen „geleitet“, sondern nur finanziert, zum anderen ist die Vertriebsartigkeit denn doch allzusehr in die Augen springend. Im übrigen — das wiederholen wir — liegt es uns fern, unsere Organisationsform als die zweckmäßigste für alle Verhältnisse hinzustellen. Für unsere Verhältnisse hat sie sich glänzend bewährt, das beweist der Erfolg!

Verbandstage.

Vom Verbandstag der Fabrikarbeiter ist aus dem Geschäftsbericht noch hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl Ende 1911 183.443 und das Vermögen 2.150.023,27 Mk. betrug. Ein wichtiger Beschluß ist die Einführung einer Unfallversicherung der Funktionäre des Verbandes. In dieser sind alle Verbandsfunktionäre gegen Unfälle versichert, die sie sich im Dienste des Verbandes zuziehen. Es wird gewährt bei Erwerbsunfähigkeit 15 Mk. Krankenunterstützung für verheiratete und 12 Mk. für ledige Mitglieder pro Woche bis zur Höchstdauer von 12 Monaten. Tritt ein Funktionär infolge eines im Dienste der Organisation erlittenen Unfalls, so wird den Hinterbliebenen ein Sterbegeld von 300 Mk. für verheiratete und 200 Mk. für ledige Mitglieder gewährt. Die hinterlassene Witwe erhält 300 Mk. Jahresrente. Wird aus gleichem Grunde ein Funktionär invalide, so kann ihm eine Invalidenrente gewährt werden. Sie beträgt bei 50prozentiger Invalidität 150 Mk., bei 50prozentiger 300 Mk., bei 75prozentiger 450 Mk. und 100prozentiger 600 Mk. Die Kosten werden durch Erhebung von 5 Pf. Beitrag pro Mitglied und Jahr aufgebracht, wozu die Hauptkasse noch 50 Proz. zuzieht. Zur Reiseerstattung wurde beschlossen, daß die Teilnahme an der Arbeitsruhe am 1. Mai nur in einer Betriebsversammlung beschlossen werden kann, in der mindestens 2/3 der Beschäftigten anwesend sind und 2/3 der Anwesenden sich dafür entscheiden. Das Delegationsrecht zu den Verbandstagen wurde dahin geregelt, daß auf 1000 Mitglieder ein Delegierter kommt, sodann ein weiterer Delegierter auf je 1500 Mitglieder. Die Beamtengehälter erfahren folgende Regelung: Vorstandsmitglieder und Redakteur 2400 bis 3000 Mk., Gauleiter 2200 bis 3000 Mk., Bureauangestellte (Hilfsarbeiter) 2000 bis 2700 Mk. Die Gehälter der Ortsbeamten sollen sich den vorstehenden Sätzen anpassen. Die Beiträge zur Anstellungsverversicherung werden auf die Hauptkasse resp. Ämtern voll übernommen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verband der Schneider hielt seinen 12. Verbandstag vom 12. bis 18. August in Köln ab. Die Mitgliederzahl ist von 40.773 Ende 1910 auf 50.390 am Schluß des ersten Quartals 1912 gestiegen. Pflaigt wird im Geschäftsbericht die alzu große Mitgliederfluktuation. In der Geschäftsperiode wurden nicht weniger als 38.302 Mitglieder neu aufgenommen, wovon nur 9617 dem Verbandsverbande erhalten blieben. Das Verbandsvermögen am Schluß des ersten Quartals 1912 betrug 526.343 Mk. Durch Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitsuntenstellung wurden für insgesamt 5416 Personen 19.796 Stunden Arbeitszeit vergütet pro Woche (rund 3 1/2 Stunden pro Person) und für 17.505 Personen 103.701,60 Mk. Lohnerhöhungen pro Woche (2,18 Mk. pro Person) erreicht. In geschlossener Sitzung wurde über Tarifverträge und Schiedsgerichtsverfahren verhandelt und nach langer Diskussion eine Resolution angenommen, die ab 1. März 1916 den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages verlangt, der bis 1. März 1920 Geltung haben soll. Darin soll unter anderem mit aufgenommen werden, daß Solidaritätsstreik und Auspöhrungen als Vertragsbruch gelten und den Tarifvertrag aufheben. Nach einem Bericht über das Betriebsarbeitsgesetz stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, die die Mängel des Gesetzes verurteilt und verlangt von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie alles tut, die Gesetzgebung zu weiteren Schritten auf der Bahn zu einem wirksamen Sozialrecht vorwärts zu drängen. Die Verhandlung über das Betriebsarbeitsgesetz führte zu dem Beschluß, die vollen Beiträge der Angestellten des Schneiderverbandes auf die Verbandskasse zu übernehmen, die Zahlung der Beiträge zur Unterbringungsvermittlung der Angestellten aber selbst zu übernehmen. Eine weitere Resolution fordert die Mitglieder auf, sich gesellschaftlich zu organisieren; sie verurteilt die Gründung von Produktionsgenossenschaften und empfiehlt dafür den Ausbau der Genossenschaft der Nonnenvereine und deren Grobklein-Kaufgenossenschaft. Des weiteren werden die Mitglieder ersucht, sich nach Möglichkeit der gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Volksversicherung zu bedienen. Neu eingeführt wurde die Krankunterstützung in Höhe von 15 bis 50 Mk. für die Verheirateten der Verbandsleute den Beitrag auf 10 Pf. pro Woche. Neu gewählten wurde ebenfalls ein Verbandsbeirat, in welchem der Vorstand, die Redakteure, die Gauleiter und je ein Vertreter des Ausführenden sowie der sechs größten Ämtern Sitz und Stimme haben. Aufgaben des Beirats sind Beratung und Beschlußfassung über große Lohnbewegungen. Die Gehälter der Anstellten wurden um 150 und 200 Mk. erhöht. Es erhalten nunmehr Vorstandsmitglieder und Redakteure 2800 bis 3000 Mk., Gauleiter 2300 bis 3000 Mk., Hilfsarbeiter 2250 bis 2600 Mk. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl Stühmer als am ersten Vorsitzenden und Köstmann zum Kassierer. Schiedsgerichtsverfahren wurde ein Ziel des ausgedehnten zweiten Vorsitzenden Wernke, und Wende zum Sekretär bestimmt. Zu Redakteuren wurden Sabath wieder- und Joseph-Franck a. N. neu gewählt.

Gerichts-Zeitung

Der Redirektor Winter-Hamburg abermals vor Gericht. Im Nr. 28 berichteten wir über den Beleidigungsprozeß, den die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe gegen unseren Redakteur, Kollegen Dittmer, angestrengt hatte, wegen eines früheren Artikels in der „Gewerkschaft“. Der Redirektor Winter wurde darin wegen seines fortgesetzten und doch nutzlosen Kampfes gegen die Arbeiterbewegung als politischer Don Quixote bezeichnet. Zu dem Artikel hatte die Maßregelung der Kollegen Koffig und Frank direkt Veranlassung gegeben. Dittmer wurde zu der hohen Geldstrafe von 500 Mk. verurteilt, obwohl ihm das Gericht den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs voll zubilligte und Winter nicht gerade Vorbeeren ernten konnte vor den Gerichtsschranken. Der „Courier“, das Organ des Transportarbeiterverbandes hatte die Maßregelung der beiden Vorgenannten ebenfalls zum Anlaß genommen, das Autotatenregiment Winters zum Gegenstand heftiger Kritik zu machen. Auch das mußte gerochen werden. Vor kurzem wurde der Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur Milhahn vor dem Berliner Landgericht I geführt. Auch hier erlebte Herr Winter dieselbe moralische Plakstellung wie im ersten Prozeß. Das Gericht glaubte aber die angebliche Beleidigung Winters ganz besonders rächen zu müssen und verurteilte den Genossen Milhahn zu zwei Wochen Gefängnis. Solche „Rechts“praktiken sind nun einmal im Deutschland üblich.

Rundschau

Der Funktionär. Der „Stettiner Volksbote“ schreibt zur Verberzung: Es kommt gar nicht selten vor, daß bei Vornahme von Neuwahlen für die Ämter der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verschiedene der bisherigen Funktionäre resigniert erklären, daß sie auf eine Wiederwahl verzichten, mit der Begründung, einmal eine Weile einem anderen des Amtes Würde und Würde zu überlassen. Aus diesen Worten spricht bereits gar mancherlei, am stärksten aber die Tatsache, daß dem Partei- oder Gewerkschaftsmitglied, der nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht und Schuldigkeit getan, sein Amt als Funktionär verleidet worden ist. Und wieviel bereinigt sich nicht, dem Vertrauensmann oder Funktionär seine Tätigkeit zu verweigern. Vorgesetzte drohen mit Maßregelungen, Entlassungen und dergleichen. Merket keine Radcliffe von oben, gegen die man sich kaum wehren kann, Verspottungen, persönliche Kränkungen und Schädigungen müssen erdulden, um dem Vertrauensmann die Lust an seiner Arbeit zu verdrängen. Das ganze schließlich noch hin. Die kleinliche Rache des Unternehmers mag von einzelnen oft schmerzhaft genug empfunden werden; sie ist es aber nicht allein, die dem Vertrauensmann die Arbeit im Dienste der Organisation erschwert. Welche Mühe, wieviel Geduld und Heberredung, wieviel von der jedem Funktionär so knapp zugemessenen Zeit erfordert die Anwerbung neuer Mitglieder, das Kassieren der Beiträge, die Agitation für unsere Veramtlungen und Veranstaltungen, die Entgegennahme, Weiterleitung, sachgemäße Erledigung all der vielen Wünsche, Fragen und Beschwerden der Mitglieder, die Aktionen in der Werkstatt, für deren günstigen Ausgang sich der Vertrauensmann mitverantwortlich fühlt! Welch aufreibende Arbeit leistet nicht der Vertrauensmann, dem mehrere Ämter übertragen wurden? Unsern Gegnern ist diese Ausgabe für die Sache der Arbeiterschaft schon immer ein Rätsel gewesen. „Du schadet Deinem Fortkommen und Deiner Familie, ruinierst Deine Gesundheit, Du setzt Dich unnütz Gefahren aus, Du wirst keinen Dank, keinen Erfolg davon haben“, so wird der Vertrauensmann von den verschiedensten Seiten, oft auch in der eigenen Familie, bearbeitet. Oder ist es nicht so! Aber der richtige Vertrauensmann fragt nicht danach, was ihm seine Tätigkeit nützt, wie es ihm ergehen wird. Er steht auf einer höheren Warte. Er fragt nur, was seine Tätigkeit den Vertrauensgenossen, der Allgemeinheit nützt oder schadet. Man kann das verschieden nennen: Selbstlosigkeit, Hingabe, Eifer oder Nachvolliebe. Immer wird das die Erklärung dafür sein, daß der Vertrauensmann stets ein guter und pflichtbewußter Mensch ist. Je stärker unsere Partei- und Gewerkschaftsbewegung wird, desto mehr wird die Tätigkeit der Funktionäre der zusammenhaltende Mitt. Wo die Freunde und Hingabe durch kleine Ränke und Schikaneleiten getrübt wird, vermindert sich der Fleiß und die Liebe zur Arbeit. Es entsteht Verdruss und das Amt wird abgegeben. Die Angestellten haben unter ähnlichen Unzuträglichkeiten zu leiden. Es gibt Leute, denen es gewissermaßen ein Sport ist, gegen die „Beamten“ zu haben. Das sind die ewigen Rivalen, die vor lauter Anfeindungen nicht zu praktischer Tätigkeit kommen. Sind durch Versehen, Mißverständnisse usw. Differenzen entstanden, so ärgern sie in der nächsten Versammlung über die „höhen Beamten“. Statt sich um diesen in Verbindung zu setzen, um in folgender Weise eine Verständigung anzutreiben, bedienen sie sich kleinlicher Schikanen, die den Angestellten die notwendige Luft und

Diebe zur Arbeit zu nehmen geeignet sind. In unseren Organisationen muß gegenseitiges Vertrauen herrschen. Wer dieses leichtfertig untergräbt, der handelt gegen die Interessen unserer Bewegung. Daher darf auch die notwendige und verantwortungsvolle Tätigkeit unserer Angestellten nicht unnötig erschwert werden. Es handelt sich dabei nämlich nicht um die Ausschaltung jeder Kritik, sondern nur derjenigen, die nicht getragen ist vom brüderlichen Geiste und von der Absicht der Verständigung.

**Eine „erfreuliche Erscheinung“.** Im „Dresdner Anzeiger“, Amtsblatt diverser Behörden, finden wir in der Nummer vom 25. August 1912 folgende Notiz: „Der Kampf der nationalen Arbeiterchaft gegen die Sozialdemokratie zeitigt immer neue erfreuliche Erscheinungen. So hat kürzlich die Gesellschaft der Fleischerinnen zu Leipzig in einer besonderen Versammlung eine Entscheidung gefaßt, den im sozialdemokratischen Zentralverband der Fleischergehilfen organisierten Gefellen Arbeitsstellen durch das Innungspräsidium nicht mehr nachzuweisen. Die Meisterchaft hat diesem Vorgehen einmütig zugestimmt. Das Vorgehen der Leipziger Fleischergehilfen wird sicher bald an anderen Orten und in anderen Handwerkszweigen Nachahmung finden.“ Das ist natürlich kein Terrorismus, o nein, sondern eine „erfreuliche Erscheinung“. Wir empfehlen es der sächsischen Regierung als Material für ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen!

**Hat alles geklappt?** Unser Motto vom Katholikentag erfüllt im gewissen Sinne eine kleine aber überaus bezeichnende Abwandlung. Der Bericht der „Köln. Volkszeitung“ und anderer Zentrumsblätter bezeichnet nämlich in einer Rede des Rektors Görgen eine längere Stelle, die sich gegen die Fachaufsicht und für eine Vermehrung des kirchlichen Einflusses in der Schule ausdrückt. Aus dem Bericht der „Köln. Volkszeitung“ können die Leser entnehmen, daß der Redner gerade an dieser Stelle mit „Lebhaft zu mir Weisheit“ ausgezeichnet worden sein soll. Einwandfreie Zeugen versichern nun, daß Herr Görgen das, was er nach dem Bericht unter lebhaftem Beifall gesprochen haben soll, gar nie gesagt hat! Der „Bericht“ über die Rede, das heißt der ganze auswendig gelernte, nur noch abzuleisende Redetext war den Berichterstattern bereits ausgehändigt worden, ehe Herr Görgen seine Reaktion heruntergesagt hatte. Nun hatte Herr Görgen diese Reaktion entweder nicht ordentlich gelernt, oder er ließ die betreffende Stelle aus irgendeinem Grunde ausfallen — kurz, er sagte eben nichts davon, was jedoch die Zentrumspresse nicht hinderte, darüber zu berichten und sogar den unvermeidlichen „Lebhaften Beifall“ hinzuzuschreiben. — Man sieht daraus, daß nicht nur die „spontane Begeisterung“ der Redner, sondern auch die „Aubelausbrüche“ der Versammlung von der Regie im voraus festgesetzt und zu Papier gebracht wurden. Daß es diesmal nicht ganz geklappt hat, ist bedauerlich. Das nächste mal wird der berühmte „elektrische Ansporn“ hoffentlich Abhilfe schaffen.

**„Arbeit ist Gebet.“** Der „Arbeiter“, Organ der katholischen Arbeitervereine, gab kürzlich folgende Epistel zum besten: „Ein bekanntes lateinisches Sprichwort sagt: „ora et labora“, d. h. bete und arbeite, oder mit anderen Worten: die Sorge für Kleidung und Nahrung, für die Bedürfnisse des täglichen Lebens und die Sorge für die untertliche Seele bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Der Deutsche hat diesen Worten eine andere Fassung gegeben; er sagt: „Zwei Augen hat die Seele: eines schaut in die Zeit, das andere in die Ewigkeit.“ Allein die Sentenz „ora et labora“ läßt sich auch noch anders übersehen. Wie denn? Arbeit ist Gebet; d. h. für denjenigen, der richtig arbeitet, ist schon die Arbeit selbst ein Gebet. Wer allerdings nur arbeitet, um Geld zu verdienen, oder wer bei der Arbeit den bloßen Zeitwertreiß im Sinne hat, für den ist die Arbeit nicht Gebet. „Veten“ heißt sein Herz zu Gott erheben, seine Gesinnung nach oben richten. Wer mit einer solchen, auf Gott gerichteten Gesinnung seine Arbeit, seine Zeit, seine Körperkraft dem Allerhöchsten aufopfert, für den steht Arbeit auf einer Stufe mit Gebet, dessen Arbeit, und sei sie noch so einfach und gering, ist dann in den Augen Gottes größer und herrlicher, als die Großtaten eines mächtigen Fürsten, der sich bei seinem Tun und Lassen nur vom Ehrgeiz leiten läßt. Wie stellt aber der christliche Arbeiter das an? Vor allem erweckt er jeden Morgen die gute Meinung, daß dem Herrn jedes Wort, jede Tat, alle Arbeit und Beschwerde während des ganzen Tages gehören soll, er vereint alle Mühen, welche das harte Schaffen ihm verursachen, mit Christi Kreuz. Will im Laufe des Tages die Arbeit gar so schwer werden, oder die Ungeduld im Innern sich regen, so erneuert er die gute Meinung mit dem alten schönen Gebeten: „Alles meinem Gott zu Ehren, in der Arbeit, in der Ruh!“ Wer in dieser Weise arbeitet, für den heißt arbeiten: „Veten!“ — Fehlt nur noch die Mahnung, daß man die kostbare Zeit am Sonntag auch viel besser mit arbeiten, denn mit beten zubringt! Das könnte den privaten Praktizierenden so passen. Die städtischen sind ja längst zu dieser „frommen“ Praxis übergegangen.

**Grob aber treffend.** Der kürzlich verstorbene badische Pfarrer und bekannte Erzähler Hans Jakob, ein abgefangener Feind des

Automobils hat sich seinen Born in nachstehenden Versen heruntergeschrieben:

Schweinnäßig grunzende  
Landhast verbuzende  
Niem benehmende  
Westhauch auströndende  
Köllentant düstende  
Lüste vergiftende  
Schmetternde, wetternde  
Schädel zerhmetternde  
Staubwolken wirbelnde

Windhosen zwirbelnde  
Benzindampf qualmende  
Menschheit zermalmende —  
Ditmals am Ziele  
Sich nicht einfindende  
Häufig entleitende  
Schreden verbreitende  
Unheilverfündende  
Automobile!

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. B. Diez Nachf., Stuttgart. Heft 47 und 48 vom 30. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: J. G. B. Diez Nachf., Stuttgart. Nr. 18 des 21. Jahrgangs. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

„Liebstecht. Was die Sozialdemokraten sind — und was sie wollen.“ Preis 25 Pf. In anschaulicher Weise entwickelt Liebstecht „Der Aie“ in der ihm eigenen, markanten und allgemein verständlichen Sprache in Form eines Vortrages das sozialdemokratische Programm und weist den Individualisten in das Wesen der Partei ein. Aber auch für Parteigenossen ist diese Broschüre ein instruktiver Führer und sollte immer und immer wieder gelesen werden.

Gau Brandenburg-Pommern.

Den Filialleitungen zur Kenntnis, daß das Gaubureau vom 1. September ab sich nicht mehr Winterfeldstraße 24, sondern Berlin NO. 18, Friedenstraße 20 IV, befindet.

Paul Strunf.

Ortsbeamtengesuch.

Die Filiale Mühlhausen i. E. sucht zu möglichst baldigem Antritt einen

Ortsbeamten

zu den in der Arbeiterbewegung üblichen Anstellungsbedingungen und den vom Münchener Verbandstag beschlossenen Gehaltsföhen. Bedingung ist technischer Befähigung und Gewandtheit in schriftlichen Arbeiten.

Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und einer Arbeit über die Aufgaben eines Ortsbeamten bis längstens Sonntag, den 22. September, mit der Aufschrift „Vererbung“ an den Unterzeichneten einzureichen. Der Kommissionsvorsitzende.

Josef Senkel, Mühlhausen i. E., Grafstr. 12.

Totenliste des Verbandes.

H. Alke, Verhanfen-Bremen  
Arbeiter (Wasserbau)  
† 18. 7. 1912, 50 Jahre alt.

Bernhard Köfler, Chemnitz  
Straßenarbeiter (Tiefbauamt)  
† 31. 7. 1912, 58 Jahre alt.

Anton Thalmeier, München  
Invalide  
† 24. 8. 1912, 43 Jahre alt.

Frik Gerke, Bremen  
Arbeiter (Hochbau)  
† 25. 8. 1912, 47 Jahre alt.

Wilhelm Jung, Berlin  
Arbeiter (Partverwaltung)  
† 25. 8. 1912, 63 Jahre alt.

A. Schneider, Hamburg-W.  
† 28. 8. 1912, 48 Jahre alt.

Wilhelm Meyer, Köln  
Glaser (Straßenbahn-Hauptw.)  
† 27. 8. 1912, 34 Jahre alt.

J. Veltjean, Darmstadt  
Patentwärter (Städt. Gaswerk)  
† 28. 8. 1912, 40 Jahre alt.

Adam Walter, Bayreuth  
Straßenreiniger  
† 28. 8. 1912, 56 Jahre alt.

Aug. Köppen, Reimickendorf  
Wächter  
† 28. 8. 1912, 59 Jahre alt.

August Schnitz, Altona  
Arbeiter (Siebtriebe, Altona)  
† 30. 8. 1912, 57 Jahre alt.

Johann Bahner, München  
Steinplagarbeiter  
† 31. 8. 1912, 51 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!